Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz

24. Sitzung
12. Oktober 2023

Beginn: 09.01 Uhr
Schluss: 13.25 Uhr
Vorsitz: Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1100 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Haushaltsgesetz 2024/2025 – HG 24/25)** **Hier: Einzelplan 07 Kapitel 0700 bis 0721, 0740 (alle Titel mit Bezug zu Klimaschutz und Umwelt), 0750 bis 0752 sowie** **Einzelplan 27 Kapitel 2707 – Aufwendungen der Bezirke – Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (alle Titel mit Bezug zu Klimaschutz und Umwelt)** – 2. Lesung –	0112 UK Haupt(f)

In die Beratung werden einbezogen:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1-Ço – vom 27.09.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Ausschusses Umwelt- und Klimaschutz** Haushaltsberatung 2024/2025 – Ausschuss UK Einzelplan 07 sowie Einzelplan 27, Kapitel 2707	0112-01 UK
Bericht SenMVKU – Z F 31 – vom 12.09.2023 **Wirtschaftspläne 2024/2025** **Landesbetrieb Krematorium Berlin**	0112-02 UK
Bericht SenMVKU **Bericht Nr.: 90 Ausgabenersatz (Austauschexemplar)**	0112-03 UK

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ weist hin, dass die Sammelvorlage der Berichte sowie eine Synopse aller eingegangenen Änderungsanträge als Tischvorlage vorliege. Die Synopse sei auch unter dem Vorgang 0112 des Ausschusses auf der Webseite abrufbar. – Zuerst erfolge die Generalaussprache, wobei die Fraktionen jeweils zehn Minuten Redezeit hätten, die auf mehrere Sprecher aufgeteilt werden könne. In der Einzelberatung werde zur Straffung des Ablaufs nicht jede lfd. Nr. der Synopse aufgerufen. Fraktionen könnten sich zu Wort melden und Änderungsanträge begründen

Generalaussprache

Danny Freymark (CDU) bemerkt einleitend, dass der Einzelplan einen weiteren finanziellen Aufwuchs zu verzeichnen habe. Viele Themen des Bereichs Umwelt und Klimaschutz seien finanziell abgebildet. Das anstehende Sondervermögen Klimaschutz habe die Diskussionen über Änderungen erleichtert, da sonst viel stärker Schwerpunkte hätten herausgebildet werden müssen. Es sei die Hoffnung, dass ein gutes Sondervermögen komme und alle Abgeordneten daran mitgestalten könnten. Derzeit gebe es aber keine konkreten Auskünfte. Insgesamt müsse dem Senat, der Verwaltung und den Abgeordneten für die intensive Zuarbeit und konstruktiven Debatten gedankt werden.

Inhaltich sei vieles bereits angestoßen, aber noch nicht abgeschlossen worden. Ein Beispiel seien die großen Herausforderungen der Wasserrahmenrichtlinie – WRRL –. Teilweise seien die Kosten mancher Maßnahmen noch gar nicht genau bestimmbar. Manche europäischen Länder wollten auch, anders als Deutschland, von den Vorgaben abweichen. Wasser sei ein großes politisches Thema. Angesichts des Endes des Braunkohletagebaus müssten Berlin und Brandenburg die Auswirkungen auf den Wasserhaushalt antizipieren und das Trinkwasser langfristig sichern. Er sei sich sicher, dass der Senat, das Parlament und die Verwaltung das gut angingen. – Das Blaue-Perlen-Programm bräuchte noch mehr Mittel. Berlin müsse seine Wasserräume wie Moore sichern und renaturieren. Das dürfe nicht vernachlässigt werden. Berlin bekenne sich auch zum Umbau zur Schwammstadt und stärke dafür die Regenwasseragentur mit weiteren finanziellen Mitteln. Auch die BWB spielten da eine wichtige Rolle. Das Parlament müsse Prozesse begleiten und könne dazu beitragen, die richtigen Entscheidungen anzustoßen.

Für die Öffentlichkeit sei auch die Verbesserung der Versorgung mit öffentlichen Toiletten, Trinkbrunnen etc. wichtig. Die Koalition habe auch dort Mittel bereitgestellt. – Beim BEK gebe es einen deutlichen finanziellen Aufwuchs, was die Bedeutung unterstreiche. Es habe dort aber auch Kürzungen zur Gegenfinanzierung von anderen Projekten gegeben. Ohne die Gewissheit des Sondervermögens wäre dies so nicht möglich gewesen. – Die Stiftung Naturschutz erhalte auch einen regelmäßigen Aufwuchs. Angesichts des vielfältigen Auftrags des Umwelt- und Naturschutzes und deren vielfältigen Projekten sei das sehr bedeutend. Das FÖJ werde gestärkt, ebenso wie der Aufbau eines Hauses der Stadtnatur. Die Koalition sei sich einig gewesen, in diesem Bereich ein Zeichen setzen zu wollen. – Das Thema Bäume und Wald werde weiterhin Aufgabe bleiben. Monetär bilde sich das nicht eindeutig ab, aber der Senat gehe detailliert vor. Die Berliner Forsten würden personell unterstützt, damit die verfügbaren Mittel auch richtig investiert werden könnten und die Waldzustandsberichte in Zukunft eine Verbesserung zeigten. Die Pflege und Pflanzung von Straßen- und Stadtbäumen würden gestärkt. Da gebe es noch viele Aufgaben und Vorhaben, die aber gelöst werden könnten. – Der CDU-Fraktion sei die Sauberkeit der Stadt wichtig, um die Verwahrlosung zu beenden. Die BSR hätten da eine zentrale Rolle. Das sei eine finanzielle, aber auch organisatorische Frage. Es würden Entscheidungen auf den Weg gebracht, die die BSR stärkten, beispielsweise das Pilotprojekt der Übertragung der Reinigung von 100 der 2 700 Grünbereichen der Stadt auf die BSR. Die Infrastruktur der Grünanlagen müsse in einem guten Zustand sein.

Linda Vierecke (SPD) führt aus, dass sie als neue Abgeordnete viele Ideen gehabt habe, welche Dinge in der Stadt zu ändern seien. Im Umwelt- und Klimaschutzbereich werde bereits viel getan, aber der Klimawandel mache sich mit seinen negativen Auswirkungen bereits bemerkbar. Es sei für alle im Ausschuss offensichtlich, dass dieser Einzelplan nicht ausreichend sei, die Aufgaben zu lösen. Im Sondervermögen würden hoffentlich auch Maßnahmen zur Stärkung der Klimaresilienz abgebildet. – Das Thema Wasser sei sehr bedeutend. Es brauche einen Kreislauf, um die Ressource Wasser besser zu managen. Die Stärkung der Regenwasseragentur und das konsequente Umsetzen der WRRL seien notwendig, aber die finanzielle Ressourcen schränkten die Möglichkeiten ein.

Bedeutend sei auch das Thema der Ressourcenschonung. Die Sauberkeit der Stadt sei unmittelbar spürbar, aber der Umgang mit Ressourcen und Produkten habe auch einen globalen Kontext. Beispielsweise sei das Lithium für den Elektroschrott, der in Berlin anfalle, zuvor in Bolivien unter gefährlichen Produktionsbedingungen für Mensch und Natur abgebaut worden. Es sei erfreulich, dass sich Berlin eine Nachhaltigkeitsstrategie gebe. Berlin müsse die Ziele erreichen und auch Unternehmen und Gesellschaft dafür sensibilisieren. Berlin mit seiner Wirtschaftskraft müsse Vorbild sein.

Der Begriff der Schwammstadt müsse Eingang in die Schulen finden. Dafür würden zivilgesellschaftliche Akteure gestärkt, weil auch kleine Summen dort einen Unterschied machen könnten. Die Menschen vermittelten in Kitas und Schulen, was der Umgang mit Ressourcen bedeute. Das eröffne Chancen, das Thema breit in die Gesellschaft zu streuen. Insgesamt müsse für das Ziel Schwammstadt mehr angestoßen und umgesetzt werden, um es sichtbarer zu machen. Die Stadt müsse grüner werden und damit mehr Wasser speichern. Dabei müsse das Thema Umweltgerechtigkeit beachtet werden. Wenn die Menschen besseren Zugang zu Natur und Grünflächen hätten, werde das auch mehr wertgeschätzt.

Zusammenfassend sei das ein guter Haushalt mit einem guten Aufwuchs. Das könne aber nur ein Anfang sein. Alle im Ausschuss müssten sich für weitere Nachschärfungen einsetzen. Sie freue sich auf die Beratungen und die daraus resultierenden Veränderungen der Stadt. Die Veränderungen machten vielen Menschen Angst, aber die sie überwänden ihre Sorgen, wenn sie die positiven Wirkungen von Entsiegelung und Begrünungen selbst spürten. Dort gebe es Potenzial für eine positive Narration, die der Ausschuss weiterverbreiten könne. Sie bedanke sich für die konstruktive Zusammenarbeit.

June Tomiak (GRÜNE) unterstreicht, dass Klimakrise mit Dürrejahren und Starkregenereignissen in Deutschland und global bereits spürbar sei. Berlin könne etwas tun, und der Haushalt sei das wichtigste Werkzeug. Ihre Fraktion habe in den Jahren in der Regierung die Themen Umwelt und Klimaschutz sowie Umweltbildung finanziell deutlich gestärkt. Die Finanzmittel im Natur- und Umweltschutz seien damals von 142 auf 274 Mio. Euro erhöht worden. Unter anderem seien der Baumschutz, der Flächenankauf zur Sicherung von Grün- und Freiflächen, Erhöhungen der Förderung des FÖJ gestärkt und die Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie, die Einsetzung von Parkrangern, die Steigerung der Förderung der Natur- und Umweltbildung angestoßen worden. Es sei erfreulich, dass der jetzige Senat viele Projekte weiterführe. Die Verwaltung und die zivilgesellschaftlichen Akteure leisteten sehr gute Arbeit.

Ihre Fraktion bewerte die Kontinuität und Aufwüchse des Haushalts als sinnvoll und unterstütze das. Dies gehe auf die gute Arbeit der Senatsverwaltung zurück. Es gebe aber auch Kürzungen, die nicht sinnvoll seien. Diese widersprächen den von der Koalition propagierten Zielen, etwa der Reduzierung des Abfalls und die Steigerung der Entsiegelung. Manche Fehlstellen müssten korrigiert werden. Der Grünankaufsfonds habe keine finanziellen Mittel erhalten. Vor dem Hintergrund der Flächenkonkurrenz in Berlin sei das ein Fehler, weil damit Flächen für die grüne Infrastruktur gesichert werden könnten. Die Streichung des Titels der Stadtverschönerungsmaßnahmen sei ebenfalls ein Fehler. Der Titel sei von ihrer Fraktion im letzten Haushalt durchgesetzt worden und hätte sogar noch stärker auf Anpassungsmaßnahmen an Klimawandel zugeschnitten werden sollen. Der Titel habe viele und notwendige Maßnahmen der Anpassung finanziert, etwa die Vergrößerung von Baumscheiben sowie Entsiegelungsmaßnahmen. Die eingestellten 30 Mio. Euro seien von den Bezirken restlos abgerufen worden. Der Titel sei aufgrund seiner Flexibilität erfolgreich gewesen, wofür es weiterhin Bedarf gebe. – Das Thema Entsiegelung brauche mehr Aufmerksamkeit und zumindest eine Rückführung auf das bisherige Finanzierungsniveau. – Laut den Berichten solle mit dem Sondervermögen Klimaschutz die Resilienz gegen Extremwetter und Klimawandelauswirkungen gestärkt werden. Wenn das so umgesetzt werde, sei das zu begrüßen.

Der Haushaltsentwurf brauche an manchen Stellen aber mehr Mut. Manche Bereiche müssten mit mehr Mitteln gestärkt werden, damit ihre richtige Intention nicht verpuffe. Dies gelte für den Reparaturbonus und das Kleingewässerprogramm. Ihre Fraktion habe daher entsprechende Änderungsanträge zur Erhöhung der Mittel eingebracht. – Es brauche auch eine umfassende Initiative um das Grundwasser in Zeiten der Klimakrise zu stützen. Ergänzend zur Regenwasseragentur werde daher eine Grundwasseragentur vorgeschlagen, um das professionell und nachhaltig abzusichern. – Finanzlücken gebe es auch bei den Wildtierprogrammen. Das vorgeschlagene Wildtierkompetenzzentrum sei eine gute Idee, aber noch seien keine Mittel eingestellt. Das werde in Zukunft hoffentlich solide ausgestattet und umgesetzt. Das gelte auch für das Wildtiermonitoring. – Zur Sauberhaltung der Stadt stärke ihre Fraktion Maß-

nahmen zur Müllvermeidung, den Reparaturbonus, Mehrwegsysteme und die Zero-Waste-Strategie. Ohne dies würden die Ziele des Abfallwirtschaftskonzepts verfehlt. – Beim Regenwassermanagement gebe es Fortschritte, aber es sei noch eine lange Aufgabe. Als kurzfristig ergänzende Maßnahme schlage ihre Fraktion die Aufstellung von Regentonnen auf den Gehwegen vor.

Zusammengefasst sei der Haushaltsentwurf zumindest im Bereich Umwelt gut, andere Bereiche seien gemessen an den Ankündigungen und Versprechungen unterfinanziert. Für die Entwicklung zu einer ökologischen Stadt brauche es nachhaltiges Bauen und Planen, was durch eine ökologisch abgespeckte Bauordnung konterkariert werde. Um Mensch und Natur vor Lärm und Abgasen zu schützen, dürfe nicht auf einer autogerechten Stadt beharrt werden. Für eine Nettonullversiegelung brauche es klügere Lösungen im Wohnungsbau und bei der Mobilität. Das lasse ich derzeit nicht feststellen. Ihre Fraktion unterstütze gerne mit guter Oppositionsarbeit.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) kritisiert, dass die Koalition in den Haushaltsberatungen beim Klimaschutz keine eigenen Ambitionen habe. Im besten Falle werde das von den Vorgängerregierungen aufgebaute gute finanzielle Niveau gehalten und Projekte wie die Geothermie fortgesetzt, während es beim BEK teilweise sogar Kürzungen gebe. Die sehr hohe PMA könne zu weiteren Kürzungen führen. Die Koalition verweise stets auf das angekündigte Sondervermögen Klimaschutz, aber bislang sei unklar, was zusätzlich zum Haushalt damit finanziert werden solle. Er hoffe, dass zumindest das neue BEK trotz der Haushaltsverhandlungen verabschiedet werden könne. Die Änderungsanträge seiner Fraktion versuchten, die Fehlstellen nach Möglichkeit zu korrigieren und daher unterstützt werden sollten.

Ferat Koçak (LINKE) unterstreicht, dass Rot-Rot-Grün viel erreicht hätte, aber die Klimaschutzmaßnahmen trotzdem nicht ausreichten. Um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, müssten weitere und vor allem sozial ausgestaltete Maßnahmen eingeführt werden. Die damit verbundenen hohen Kosten ließen vermuten, dass das Sondervermögen absichtlich vor dem Volksentscheid Berlin Klimaneutral 2030 angekündigt worden sei. Grundsätzlich sei das Sondervermögen richtig, um Klimaschutzmaßnahmen auch in finanziell schwierigen Haushaltsjahren sozial ausgestalten und finanzieren zu können. Zu kritisieren sei aber, dass die Koalition die Ausgestaltung bis heute nicht konkretisiert habe. Dies führe zu der schwierigen Situation, dass der Haushalt ohne genaue Kenntnis der Ausgestaltung des Sondervermögens beschlossen werden müsse. Dieses Chaos spiegle sich auch in der Koalition wieder, wo zunächst Mittel für den Ladesäulen- und Solarausbau aus dem Einzelplan 12 in das Sondervermögen verschoben worden seien, um nun in den Haushaltsberatungen durch die Koalitionsfraktionen wieder in den Einzelplan 12 geschoben zu werden. Das zeige, dass der Haushalt handwerklich schlecht gemacht sei. Seine Fraktion werde konkrete Vorschläge für das Sondervermögen machen, etwa eine warmmietenneutrale energetische Sanierung und für eine sozialverträgliche Wärmeversorgung. Klimaschutzmaßnahmen beträfen auch andere Einzelpläne, etwa der Ausbau des ÖPNV. Dort bringe seine Fraktion ebenfalls Änderungsanträge ein. In diesem Einzelplan sei vor allem das BEK das entscheidende Instrument. Dass nicht gekürzt worden sei, sei zu begrüßen. Nun sei es wichtig, sicherzustellen, dass die Mittel auch für den Klimaschutz verausgabt würden.

Ein Schwerpunkt seiner Fraktion im Bereich Umwelt sei das 50-Mio.-Euro-Paket für den Grünflächenankauf. Damit könnten bedrohte Kleingartenanlagen von privaten Investoren,

Friedhofsflächen und Uferflächen gekauft werden. Das diene auch der Klimaresilienz. – Mit 6 Mio. Euro könnten zukünftig öffentliche Toiletten kostenlos und als kommunaler Betrieb geführt werden. Unterversorgte Gebiete wie Pankow und Marzahn-Hellersdorf bekämen weitere Standorte. Für den Schutz der Berliner Moore würden 2 Mio. Euro eingestellt. Das sei auch eine Klimaschutzmaßnahme. Für die Reaktivierung und den Neubau von Notbrunnen schlage seine Fraktion ein Programm mit einer zehnjährigen Laufzeit mit Kosten von insgesamt 40 bis 50 Mio. Euro vor. In 2024 und 2025 starte das mit je 5 Mio. Euro. Berlin sei gesetzlich verpflichtet, Notbrunnen vorzuhalten. Diese könnten für die Bewässerung von Stadtbäumen genutzt werden. Die historischen Schwengelpumpen seien ein denkmalwürdiges Stadtmobiliar.

Die notwendigen Gelder würden durch die Rücknahme der unerklärlichen Aufwüchse für die Grün Berlin GmbH frei. Die Grün Berlin sei gegenüber dem Haushaltsgesetzgeber bezüglich ihres unternehmerischen Handelns erklärungsbedürftig, was durch Haushaltsauflagen abgesichert werde. Generell sei die Grün Berlin für seine Fraktion ein großes Haushaltsrisiko, weil sie sehr viel Geld auf wenige Projekte konzentriere, während die Naturschutzmaßnahmen in der Fläche unterversorgt seien. Die erforderlichen Summen der Grün Berlin begründeten sich in der Regel auf rein administrative Entscheidungen. Ihr würden die Projekte übertragen und der jeweilige Finanzbedarf in den Haushaltsentwürfen dargelegt Damit werde das der demokratischen Kontrolle weitgehend entzogen, zumal die Grün Berlin die Beantwortung der detaillierten Berichtsanfragen verweigert habe. Das müsse mit einem Sperrvermerk gestoppt werden. Weiterhin müsse die Grün Berlin mit Einschränkungen auch durch den Landesrechnungshof geprüft werden. Dass auch die Änderungsanträge der Koalition bei der Grün Berlin Kürzungen vornähmen, bestätige die Position seiner Fraktion.

Weitere Gelder könnten durch die Neuordnung der Wasserentgelte gewonnen werden. Es solle ein Oberflächenwasserentnahmeentgelt eingeführt werde. In Brandenburg würden jährlich ungefähr 800 Festsetzungsbescheide erstellt, woraus sich Einnahmen von durchschnittlich 21 Mio. Euro ergäben. In Berlin sollten die Einnahmen zweckgebunden für die Investitionen in den Gewässerschutz verwendet werden. Der Rest könne dann in den Haushalt weitergegeben werden. Beim bereits erhobenen Grundwasserentnahmeentgelt werde durch eine Gesetzesänderung eine Staffelung des Entgelts vorgenommen. Es solle bereits ab 3 000 Kubikmeter anfallen. Großverbraucher sollten mehr als heute entrichten. Damit könnten 20 Mio. Euro Mehreinahmen generiert werden. Weitere 8 Mio. Euro würden im Titel Gewässergütemaßnahmen abgesichert. – Die Leugner der Klimakrise gewännen aktuell wieder an Reichweite, daher wolle er die Klimabildung an Schulen und externen Projekten stärken. Es sei zu hoffen, dass im BEK weitere Projekte verankert werden könnten. Die Klimakrise bringe mit Extremwettern große Herausforderungen mit sich. Angesichts dessen seien Begriffe wie "Ökoterroristen" und "Klimafaschisten" unangebracht. Das verharmlose tatsächlichen Terrorismus.

Alexander Bertram (AfD) unterstreicht, dass der Fokus des Haushalts auf den Klimaschutz zu einer Benachteiligung des klassischen Umweltschutzes führe. Das seien unterschiedliche Dinge, die immer öfter in Zielkonflikt stünden und sich sogar gänzlich gegenseitig ausschlössen. Das sei nicht akzeptabel und verlange Kürzungen bei Maßnahmen, die wenig sinnvoll seien. Das seien vor allem die Programme wie das BEK und die Wärmewende als Ganzes. Auch andere Maßnahmen wie der Aufwuchs bei der Zero-Waste-Strategie seien vollkommen überzogen. Es brauche keine einzelfallbezogenen Untersuchungen zu emissionsmindernden

Maßnahmen. Dazu gebe es ausreichend wissenschaftliche Erkenntnisse, die nur umgesetzt werden müssten. Für Mehrwegsysteme brauche es keine zusätzlichen Untersuchungen mehr. Die Konzepte seien bekannt und würden schon seit Jahren genutzt. Stattdessen sollten die Mittel für die Stärkung des Stadtgrüns und der Natur und Umwelt verwandt werden. Die Mittel für den Berliner Baumbestand müssten massiv gesteigert werden. Die Baumbilanz erreiche immer noch nicht das notwendige Niveau. Die Bevölkerung wolle dringend eine Verbesserung des Stadtgrüns und der Stadtbäume.

Das Tempelhofer Feld müsse zu einer echten Parkanlage weiterentwickelt werden. Daher müsse Grün Berlin an der Stelle sogar gestärkt werden. Derzeit sei das Feld nur für ein bestimmtes Klientel interessant. – Die Kleingewässer müssten unterstützt werden. Die im Entwurf vorgesehenen Mittel reichten bei Weitem nicht aus. Es sei gut, dass alle Fraktionen nicht zuletzt aufgrund des Kleingewässerreports den Handlungsbedarf erkannt hätten. Die von seiner Fraktion geforderte Verdoppelung der Mittel könne nur der erste Schritt sein. – Bei Bäumen, Gewässer und Parks gebe es konkretes Potenzial für Verbesserungen, anders als der eher diffuse vermeintliche Klimaschutz, der mehr Probleme schaffe. Mit praktischen Umweltschutz und einer besseren Pflege der Stadtnatur könne konkret etwas für die Bürger getan werden.

Frank-Christian Hansel (AfD) kritisiert, dass die Klimarettungspolitik des Senats nur zu einem kleinen Teil aus diesem Einzelplan finanziert werde, sondern vor allem durch das sogenannte Sondervermögen. Dieses sei jedoch ein schwarzes Loch, in dem Geld verschwendet werde, was durch die Berliner der nächsten Generation erst wieder hart erarbeitet werden müsse. Die Abgeordneten der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen seien dabei keine tatsächliche Opposition, weil sie die Bezeichnung "Sondervermögen" unkritisch übernähmen. Die AfD-Fraktion verweigere sich dem und bezeichne es stattdessen als Sonderschulden. Der Zeitpunkt der Ankündigung der Sonderschulden zwischen Wiederholungswahl und Volksentscheid zeige, dass es vor allem eine Chimäre sei, mit der in Teil des linken und linksextremen Vorfelds, die sogenannte Zivilgesellschaft, beschwichtigt werden solle. Das sei keine transparente und ehrliche Politik, zumal damit die eigentlichen Ziele nicht erreicht werden könnten.

Denn Klimaveränderungen seien natürlich, und es seiHybris zu glauben, dass Berlin etwas am Makroklima, dem Wetter oder der Klimazonen auf diesem Erdball ändern könne. Dies habe die Anhörung zum BEK gezeigt. Die Reduzierung des Wettergeschehens auf das CO_2 werde der Komplexität dieser Systeme nicht gerecht. Bei der Fokussierung auf CO_2 handele es sich um ein Glaubenssystem, das sich bei den Abgeordneten der anderen Parteien so verfestigt habe, dass sie dem rational nicht mehr entkommen könnten. Er selbst repräsentiere den aufgeklärten Teil der Gesellschaft, der ähnlich wie Galileo Galilei sich gegen Dogmatismus auflehne.

Berlin müsse sich aber durchaus an die Veränderungen anpassen. Das Mischwaldprogramm, Erhalt der Kleingärten und Freiflächen, Stadtbäume und andere Anpassungsmaßnahmen seien sinnvolle Ansätze. Seine Fraktion habe daher die Titel und dazugehörigen Berichte der Klimaschutzmaßnahmen überprüft und schlage einige Kürzungen vor. Wiederholte Informationskampagnen, eine wissenschaftliche Begleitung des Einsatzes akkubetriebener Geräte und Mobilitätstage, die viel Geld benötigten, nützten dem Klimaschutz wenig. Flyer mit Informationen für die Hitzevorsorge, Orchideenveranstaltungen wie Green Planet Berlin, Forschungs-

labor für eine stabile Zukunft und andere Veranstaltungen und Projekte verursachten Hundertausende Euro kosten und hätten keinen Mehrwert. Sinnvolle Maßnahmen wie die Förderung der Tiefengeothermie, Regenwassermanagement, Teilentsiegelungen etc. unterstütze seine Fraktion durchaus. Klimapropaganda auf Basis von Weltuntergangsrhetorik dürfe den Landeshaushalt nicht in Millionenhöhe belasten.

Einzelberatung

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte der Sammelvorlage zur Kenntnis. Die Berichtsaufträge aus der ersten Lesung gelten damit als erledigt, soweit nicht anders beschlossen. Im weiteren Verlauf wurde zu folgenden Berichten und Änderungsanträgen ausgeführt:

Bericht Nr. 5, Baumpflege/-bestand

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) erläutert, dass zur Stärkung des Berliner Baumbestandes die Mittel des Titels erhöht worden seien. Gerade Stadtbäume litten besonders unter dem Klimawandel, da der Standort am Straßenrand trockener und heißer sei als der eigentlich natürliche Standort im Wald. Der zur Verfügung stehende Raum reiche ebenfalls meist nicht aus und sei oft verdichtet. Grundsätzlich seien die bezirklichen Grünflächenämter für die Pflanzung, Pflege und Kontrolle zuständig. Dafür bekämen sie Finanzmittel zugewiesen, die 2022 und 2023 mit jeweils 2,5 Mio. Euro in auftragsweiser Bewirtschaftung für Pflanzzungen, Pflegemaßnahmen und die Sanierung von Baumstandorten erhöht worden seien. Im Gegensatz zu den Globalmitteln habe dieser Titel den Vorteil, dass die Sondermittel zweckgebunden seien. 2024 und 2025 seien jeweils 3,25 Mio. Euro für diesen Titel angemeldet worden und damit erhöht worden. – Da Berlin wachse, stehe das Stadtgrün ebenfalls unter Druck. Mit fast 11 000 Hektar seien 12 Prozent öffentliche Grünflächen. Das umfasse Friedhöfe, Spielplätze, das Straßenbegleitgrün, rund 430 000 Straßenbäume und noch einmal deutlich mehr Parkbäume. Mit dem Handbuch Gute Pflege könne zum Erhalt beigetragen werden, sodass der Ansatz ebenfalls erhöht worden sei.

Linda Vierecke (SPD) unterstreicht, dass der Bericht erschreckend sei. Trotz der bisherigen Maßnahmen sinke der Bestand an Bäumen in Berlin. Daher sei es richtig, zu investieren. Die Bewässerungssituation müsse auch beachtet werden. Es werde zukünftig mehr Standorte geben, die bewässert werden müssten. Die Bezirksämter müssten dabei unterstützt werden.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) unterstreicht, dass seiner Fraktion das Thema in den letzten Koalitionen sehr wichtig gewesen und mit viel Geld unterstützt worden sei. Der Betrag pro Straßenbaum sei von 47 auf 82 Euro pro Jahr erhöht worden. Das reiche aber noch nicht. Seine Fraktion vertrete den Standpunkt, dass in den Parks- und Grünanlagen noch mehr Bäume gepflanzt werden müssten, weil noch Platz vorhanden sei. Paris, Barcelona und andere würden viel mehr Bäume in ihren Parks pflanzen, darunter auch Obstbäume.

Ferat Koçak (LINKE) weist hin, dass bei Baumaßnahmen für Infrastruktur wie der TVO berücksichtigt werden müsse, dass auch große Abholzungen notwendig seien. Ein alter Baum speichere viel CO_2, was nicht sofort durch einen neu gepflanzten aufgefangen werden könne. Werde das rechnerisch berücksichtigt? Der Vorschlag, dass mehr Bäume in Parks gepflanzt werden sollten, sei richtig.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Bericht Nr. 6, Kommunale Wärmeplanung

Linda Vierecke (SPD) unterstreicht, dass das eine große Herausforderung sei, weil bis Ende 2026 eine Planung vorgelegt werden müsse. Die Debatte um das GEG habe gezeigt, dass die Menschen während des Prozesses gut informiert werden müssten. Der Bericht zeige, dass das auf den Weg gebracht sei. Die Koalition habe ergänzend einen Änderungsantrag mit dem Ziel der Information der Öffentlichkeit eingebracht. Das Gelingen der Wärmeplanung sei zentral, um die Klimaziele zu erreichen.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) fragt nach, wann die Ausschreibung für die Wärmeplanung veröffentlicht werde. Es könne schon im Vorgriff auf die Bundesgesetzgebung einiges gemacht werden.

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) führt aus, dass es letzte Woche Gespräche auf der Fachebene mit allen Akteuren in diesem Bereich gegeben habe. Dazu zählten die Infrastrukturbetreiber, die Wohnungswirtschaft, Schornsteinfeger und weitere. Damit werde der Kreis um diejenigen erweitert, die die Planungen umsetzen müssten. Diese hätten umfassende und konkrete Hinweise gegeben, was beachtet werden müsse. Insgesamt sei über sämtliche Potenziale wie Abwärme und Geothermie und Fragen, etwa der Wasserstoffleitungen, gesprochen worden, ebenso was das Land beim Bund noch gesetzlich erreichen müsse. Ein enger weiterer Austausch sei geplant. – 2026 solle der erste Entwurf der Wärmeplanung fertig gestellt sein. Das Wärmekataster sei ausgeschrieben.

Beate Züchner (SenMVKU) ergänzt, dass beim Wärmekataster derzeit das EU-weite Interessenbekundungsverfahren laufe. Das sei die Grundlage für die Wärmeplanung, die erst ausgeschrieben werde, wenn die Grundlagen für die Bieter bekannt seien. Der Prozess laufe auch bei der SenMVKU stets weiter.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Kapitel 0700 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Titel 11979 – Verschiedene Einnahmen –

Ansatz 2024: 1.000
Ansatz 2025: 1.000

<u>Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion Die Linke</u>

Ansatz 2024: + 1.000
Ansatz 2025: + 1.000

a) Begründung

Kompensationsabgabe für Nutzung fossiler Kraftstoffe (Pkw) für Dienstreisen außerhalb Berlins; für Moorschutz

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Titel 52703 – Dienstreisen –

Ansatz 2024: 31.000
Ansatz 2025: 31.000

Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion Die Linke

Ansatz 2024: - 2.000
Ansatz 2025: - 2.000

a) Begründung

Weniger für mehr Videokonferenzen für Personen mit familiären Verpflichtungen anstelle von Flügen und Pkw oder Verlagerung auf die Bahn

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Titel 88401 – Zuführungen an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) –

Ansatz 2024: --
Ansatz 2025: --

Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion Die Linke

Ansatz 2024: + 50.000.000
Ansatz 2025: +/- 0

a) Begründung

Grünflächenankauf:

für den Ankauf bedrohter Kleingartenanlagen aus Privatbesitz, für die Neuanlage von Kleingärten, für den Ankauf von Friedhofsflächen und Uferflächen

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2024: + 7.000.000
Ansatz 2025: + 7.000.000

a) Begründung

Um u.a. die Ankäufe von Flächen zur Schließung der 20 grünen Hauptwege zu realisieren, um weitere Grünflächen langfristig zu sichern und entsprechend naturnah und für die Förderung der Biodiversität zu gestalten, bedarf es Finanzmittel, die bisher im Haushaltsentwurf nicht dargestellt werden.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Kapitel 0705 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Grundsatz –

Titel 54083 – Leistungen für die öffentlichen Toilettenanlagen –

Ansatz 2024: 16.671.000
Ansatz 2025: 15.722.000

Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktion Die Linke

Ansatz 2024: + 6.000.000
Ansatz 2025: + 6.000.000

a) Begründung

Öffentliche Toilettenanlagen als kommunaler Betrieb, als kostenlose Toiletten, bevorzugt weitere Standorte in unterversorgten Gebieten, sodass künftig Versorgungsgleichheit herrscht (insb. Pankow, Marzahn-Hellersdorf, Treptow-Köpenick)

b) Titelerläuterung/verbindliche Erklärung

Text redaktionell ändern:

Der 1. Satz wird wie folgt geändert:

„Ausgaben für öffentliche Toilettenanlagen, Rückabwicklung des Toilettenvertrag mit der Wall GmbH, an die Berliner Wasserbetriebe (BWB) nach dem Vertrag zur Überwachung und Steuerung der Durchführung des Toilettenvertrags.“

c) Anbringung Haushaltsvermerke*

Sperrvermerk! Aufhebung durch den Hauptausschuss nach Vorlage des Kündigungsvertrags mit Wall GmbH und Konzept für öffentlichen Betrieb

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Ansatz 2024: + 800.000
Ansatz 2025: + 800.000

Danny Freymark (CDU) begründet, dass der Ansatz erhöht werde, um einen ersten Aufschlag für weitere kostenfreie Toiletten zu schaffen. Die derzeitige Situation sei, dass kein

Münzgeld zur Bezahlung mehr eingesetzt werden könne, weil das zu Vandalismus geführt habe. Die Idee von generell kostenfreien Toiletten sei sympathisch, hätten aber einen höheren Reinigungsbedarf aufgrund einer höheren Nutzung, aber auch aufgrund Vandalismus. Das müsse sich im Haushalt abbilden und brauche höhere Summen als die in diesem Änderungsantrag. Im SIWA könnten weitere Mittel eingestellt werden, was auch das Ziel sei.

Alexander Bertram (AfD) äußert Bedenken, dass kostenlose Toiletten aufgrund von Vandalismus und fehlender Reinigung in ihrer Nutzbarkeit eingeschränkt sein könnten. Gerade Behindertenverbände lehnten kostenlose Toiletten ab, weil diese Gruppe besonders auf saubere und nutzbare Toiletten angewiesen sei. Daher würden die Änderungsanträge abgelehnt.

Linda Vierecke (SPD) unterstreicht, dass Toiletten Teil der Daseinsvorsorge seien und nicht zuletzt im öffentlichen Raum kostenfrei sein sollten. Ältere, Ärmere und Familien mit kleinen Kindern seien besonders auf eine gute Toiletteninfrastruktur angewiesen. Das sei nur eine Frage der Finanzierung.

Ferat Koçak (LINKE) ergänzt, dass kostenlose Toiletten auch ein Beitrag zur Gleichstellung von Mann und Frau seien. Es brauche generell mehr Toiletten. Daher habe seine Fraktion 6 Mio. Euro gefordert. Die Stoßrichtung des Änderungsantrags der Koalition sei aber richtig und werde unterstützt.

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) hebt hervor, dass es derzeit 472 öffentliche Toiletten gebe. Damit sei auch die zweite Versorgungsstufe bereits erreicht. Für 2024 und 2025 sei geplant, den Betrieb sicherzustellen und zu konsolidieren. Das gehe auch auf den gestiegenen Vandalismus zurück. Dazu gebe es einen Austausch mit der zuständigen Wall GmbH. Der Vertrag laufe bis Ende 2033. Es werde stetig geprüft, was verbessert werden könne. Das beziehe auch private Initiativen im Einzelhandel wie die „Nette Toilette“ ein. Weitere Anlagen an Spielplätzen, aber auch an touristischen Zentren wie Umsteigebahnhöfen, Märkten und Badestellen müssten geprüft werden. – Die entgeltfreie Nutzung als Ziel werde weiter verfolgt. Gegen die Ungleichbehandlung von Mann und Frau könne eine Möglichkeit sein, dass Toiletten, die bereits für Männer entgeltfrei seien, das für Frauen würden.

Danny Freymark (CDU) unterstreicht, dass sichergestellt werden müsse, dass es weiterhin die Flexibilität gebe, neue Toiletten aufzustellen. Die 800 000 Euro seien auch dafür gedacht, dass neue Standorte schnell umgesetzt werden könnten.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD zu.

Kapitel 0710 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz –

Titel 52112 – Maßnahmen zur Lärmminderung im Straßenland –

Ansatz 2024: 1.500.000
Ansatz 2025: 1.500.000

VE 2024: 1.000.000
VE 2025: 1.000.000

Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Ansatz 2024: - 250.000
Ansatz 2025: - 250.000

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD zu.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Ansatz 2024: 3.081.000
Ansatz 2025: 3.074.000

VE 2024: 500.000
VE 2025: 500.000

Änderungsantrag Nr. 1 der AfD-Fraktion

Ansatz 2024: - 810.000
Ansatz 2025: - 810.000

a) Begründung

Die Luftreinhaltestrategie 2030 intendiert eine gänzliche Umstellung auf Elektrofahrzeuge, welche einen unrealistisch hohen Stromverbrauch erzeugen. Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen bedeutet eine extreme Einschränkung des motorisierten Individualverkehrs und damit der bürgerlichen Freiheit. Die strikte Ausrichtung an Vorgaben der WHO und der EU-Kommission stellen eine inakzeptable Einmischung in die souveräne Politik Deutschlands dar.

Die Müllvermeidungsstrategie ergibt Sinn, darf aber nicht mit teuren Kampagnen durch Radiospots oder andere Werbung überfrachtet werden. Die Null-Abfall-Strategie ist irreführend, da ihr postuliertes Ziel unrealistisch ist.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erklärung

Streichung der Teilansätze 8. und 9. im Jahr 2024 und 2025.

8. + 9. - entfällt –

Reduktion der Teilansätze 21. im Jahr 2024 und 2025:

21. Strategie und Umsetzung Zero Waste..... 250.000 € / 250.000 €

22. - entfällt –

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der AfD ab.

Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2024: +/- 0
Ansatz 2025: + 25.000

a) Begründung

Ergänzung der CO_2-bilanziellen Betrachtung um eine in anderen Sektoren übliche bzw. mit diesen vergleichbare Methodik, damit Real-Emissionen direkt gegeneinander abgewogen werden können.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erklärung

Änderung Tabelle

Nr. 2. Regelmäßige Erstellung und Fortschreibung einer Stoffstrom-, Klima- und Umweltbilanz für die Berliner nicht gefährlichen Abfälle zur Umsetzung einer vorbildhaften klima- und umweltfreundlichen Abfallentsorgung im Land Berlin

In 2025: 141.000

Änderungsantrag Nr. 3 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2024: +/- 0
Ansatz 2025: + 25.000

a) Begründung

Ergänzung um ökologische Potenzialanalyse zur Streichung der Wertgrenze

b) Titelerläuterung/verbindliche Erklärung

Änderung Tabelle:

Nr. 3. Jährliche Aktualisierung und Fortschreibung der Verwaltungsvorschrift für die Anwendung von Umweltschutzanforderungen bei der Beschaffung von Liefer-, Bau- und Dienstleistungen (Verwaltungsvorschrift Beschaffung und Umwelt – VwVBU)

In 2025: 87.500

Daniela Billig (GRÜNE) begründet, dass der TA 2, die Fortschreibung der Stoffstrom-, Klimagas- und Umweltbilanz, erhöht werden solle. Die Bilanz sei bereits sehr gut, aber ihre Fraktion sehe noch Potenzial für weitere Verbesserungen bei der Bilanzierung. Der Einsatz von Abfällen als Brennstoff solle 2025 untersucht werden. – Die Verwaltungsvorschrift Beschaffung und Umwelt sei auch bereits sehr gut, aber deren Wirkung werde durch die Berliner Vergaberichtlinien beschränkt, die für Dienstleistungen eine Wertgrenze von 10 000 Euro und für Bauleistungen 50 000 Euro vorsähen. Das sei schon recht hoch und viele Vergaben nicht davon betroffen. Dennoch solle der Senat beauftragt werden, eine ökologische Potenzialanalyse anfertigen zu lassen, um zu prüfen, ob diese Wertgrenzen im Sinnen von Umwelt- und Klimaschutz gestrichen werden könnten.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ weist hin, dass die Abgeordnete Billig auch schon den Änderungsantrag Nr. 3 ihrer Fraktion begründet habe.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) wendet ein, dass Berlin bei der ökologischen Beschaffung bereits gute Ergebnisse erziele. Vor kurzem sei dem Land Berlin ein Preis für die höchste Recyclingquote in der öffentlichen Verwaltung verliehen worden. Das sei ein Ergebnis dieser Beschaffungsregelungen. Die Wertgrenzen seien bereits sinnvoll ausgestaltet.

Daniela Billig (GRÜNE) äußert die Sorge, dass sich auf den aktuell guten Ergebnissen ausgeruht werde. Ohne weitere Verbesserungen werde Berlin überholt.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) widerspricht, dass sich das Land Berlin ausruhe. Beispielsweise sei vor kurzem in Berlin die erste Anlage für CO2-neutralen Beton eröffnet worden. Das sei auch eine Folge der Leistungen der Verwaltung.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 2 sowie den Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Bericht Nr. 38, Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschonung

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) berichtet zum Projektstand der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, dass die Eckpunkte zur Entwicklung der Berliner Nachhaltigkeitsstrategie als Senatsentwurf am 26. September 2023 eingereicht worden seien. Eine Auftaktkonferenz zur Weiterentwicklung werde am 19. Oktober 2023 durchgeführt. Dort werde die Berliner Umsetzungsallianz vorgestellt und alle Stakeholder miteinbezogen. Der Prozess der Ausgestaltung der Strategie beginne 2024, wenn die Haushaltsmittel beschlossen worden seien. Die Umsetzung würde zeitgleich ausgeschrieben. Geplant sei auch die Ausschreibung einer Berlin App für mehr Nachhaltigkeit. Die angemeldeten Ausgaben spiegelten die zu erwarteten Kosten auf Basis bisheriger Erfahrungen wider.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

Ansatz 2024: 3.020.000
Ansatz 2025: 2.700.000

VE 2024: 500.000
VE 2025: 500.000

<u>Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</u>

Ansatz 2024: + 310.000
Ansatz 2025: + 360.000

a) Begründung

Umfassende berlinweite Förderung der Einführung von Mehrwegsystemen

b) Titelerläuterung/verbindliche Erklärung

Änderung Tabelle:

Nr. 2. Zuschüsse zur Einführung eines berlinweiten Mehrwegsystems

In 2024: 400.000

In 2025: 400.000

Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2024: + 200.000
Ansatz 2025: + 200.000

a) Begründung

Für die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung essentieller Bestandteile der Berliner Zero-Waste-Strategie.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erklärung

Änderung Tabelle:

Nr. 3. Zuschüsse zur Umsetzung der Zero-Waste-Strategie, Ressourcenschonung und Aufbau eines

Reparaturnetzwerkes“

In 2024: 600.000
In 2025: 600.000

Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2024: + 550.000
Ansatz 2025: + 550.000

a) Begründung

Ausreichende Finanzierung des Reparatur-Bonus inkl. Bewerbung und Umsetzungskosten auf Basis der Erfahrungen und Planungen in Österreich, Thüringen und Sachsen

b) Titelerläuterung/verbindliche Erklärung

Änderung Tabelle:

Nr. 5. Zuschüsse zur Einführung eines Reparatur-Bonus (neu)

In 2024: 800.000

In 2025: 800.000

Daniela Billig (GRÜNE) zeigt sich erfreut, dass auch die Koalition die TA 3 und 5 erhöhe, um die Projekte für die Zero-Waste-Strategie, den Ausbau des Reparaturnetzwerks und den Reparaturbonus zu unterstützen. – Ihre Fraktion wolle auch die Einführung von Mehrwegsystemen höher fördern. Dort gebe es einen deutlichen Bedarf, weil die Mehrwegangebotspflicht noch nicht überall eingehalten werde. Deswegen werde der TA 2 deutlich erhöht.

Linda Vierecke (SPD) betont, dass Ressourcen und der Umgang damit ein wichtiges Thema für die Stadt Berlin mit weltweiten Auswirkungen sei. Produkte müssten lange genutzt werden und sollten überall reparierbar sein. Der Reparaturbonus würde die Menschen direkt einbinden, die sich damit auseinandersetzen müssten. Auch das Handwerk könne gestärkt werden. In Thüringen und Sachsen gebe es Vergleichbares, das sehr erfolgreich sei. Es gebe auch eine Petition, die das bundesweit einführen wolle. Der Berliner Ansatz müsse bekannt gemacht werden und leicht abrufbar sein.

Danny Freymark (CDU) hebt hervor, dass das Thema Nachhaltigkeit und Reparatur fraktionsübergreifend und in der Bevölkerung als wichtiges Thema wahrgenommen werde. Im Rahmen der Haushaltsberatungen hätte sich die Abgeordnete Vierecke sehr dafür eingesetzt, diese Titel aufzustocken. Es sei sogar mehr gewünscht, da die Sorge bestehe, dass das nicht vollumfänglich in den Bezirken wahrgenommen werde. Die Bevölkerung stehe Reparaturangeboten etwa in Bibliotheken oder dem Sperrmüllaktionstag positiv gegenüber. Es sei gewollt, dass der Senat das Thema Nachhaltigkeit ernst nehme und das in der Breite in die Bezirke bringe, auch indem bestehende Strukturen genutzt würden.

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) unterstreicht, dass der Auftrag verstanden worden sei, dass die Abfallwirtschaft zu einer Kreislauf- und Ressourcenwirtschaft umgebaut und gestärkt werden müsse. Einige Maßnahmen seien bereits angeschoben worden, die aber fortgeführt und gestärkt werden müssten. Für 2024 sei das Ziel, die Projekte zur Abfallvermeidung und Gebrauchtwarennutzung besser bekannt zu machen. Bereits bestehende Angebote sollten beworben und Standorte für Reuse-Superstores gesucht werden. Auf Messen und in Einkaufszentren sowie auf Fachdialogen und anderen Veranstaltung könne verstärkt Vernetzung stattfinden. Ein Pilotprojekt zum Umgang mit Warenüberhängen im Rahmen von Reuse werde gemeinsam mit einem Partner aus dem Einzelhandel geplant. Das Urban Mining Hub werde mitfinanziert und Projekte für die Sammlung von Bioabfällen weiter unterstützt. Die Entwicklung einer Strategie zum nachhaltigen Bauen sei ebenfalls geplant.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) ergänzt, dass im Bereich Urban Mining Hubs und der Neunutzung von Bauabfällen Berlin Vorreiter sei. Andere deutsche Großstädte würden jetzt ebenfalls Hubs planen.

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

<u>Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD</u>

Ansatz 2024: + 1.500.000
Ansatz 2025: + 1.500.000

a) Begründung

mehr für Verstärkung Reparaturbonus, mehr für Ausweitung Zero Waste und Reparaturnetzwerk

b) Titelerläuterung/verbindliche Erklärung

Nr. 3 Zuschüsse zur Umsetzung der Zero-Waste-Strategie, Ressourcenschonung und Aufbau eines Reparaturnetzwerkes

2024: 900.000 €
2025: 900.000 €

c) Haushaltsvermerke

Nr. 5 Zuschüsse zur Einführung eines Reparatur-Bonus (neu)

2024: 1.250.000 €
2025: 1.250.000 €

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD an.

Titel 68456 – Zuschüsse zur Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres –

Ansatz 2024: 1.764.000
Ansatz 2025: 1.794.000

VE 2024: 1.196.000
VE 2025: 1.216.000

Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Ansatz 2024: + 150.000
Ansatz 2025: + 150.000

Danny Freymark (CDU) begründet, dass mit der Erhöhung des Taschengelds für die Teilnehmer des FÖJ Wertschätzung zum Ausdruck gebracht werden solle. Die Verwaltung habe dies bereits vorgesehen. Die Abgeordneten wollten dies aber noch stärker unterstützen, da es in Berlin viele Herausforderungen gebe. Zu danken sei den Institutionen in der Stadt, die ein FÖJ organisierten, ebenso der Verwaltung, die sich immer für Zuschüsse vom Bund einsetze.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) sagt zu, dass seine Fraktion den Antrag unterstütze. Seine Fraktion selbst habe in der Regierungszeit dem FÖJ-Bereich bei den früheren Haushaltsberatungen stets weitere Gelder zur Verfügung gestellt. Er schließe sich dem Dank an.

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD an.

Titel 88308 – Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung II -BENE II- (Förderperiode 2021-2027) –

Ansatz 2024: 30.643.000
Ansatz 2025: 32.832.000

VE 2024: 66.813.000
VE 2025: 66.812.000

Änderungsantrag Nr. 2 AfD-Fraktion

Ansatz 2024: - 344.000
Ansatz 2025: - 3.360.000

a) Begründung

Einige der geförderten Projekte der vergangenen Jahre waren Orchideenprojekte, die wenig hilfreich für das tatsächliche Stadtklima und den Umweltschutz sind. Steuergeld muss sparsam und zielgenau verwendet werden.

Daher ist der Ansatz für diese zukünftigen zurückzuführen auf das Volumen von wirklich sinnfälligen Projekten wie die verschiedenen Begrünungs- und Entsiegelungsmaßnahmen, Energiesparprojekte, Heizungsmodernisierung und Energieoptimierung.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ab.

Änderungsantrag Nr. 5 Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Ansatz 2024: - 1.000.000
Ansatz 2025: - 1.500.000

a) Begründung

Weniger Bedarf

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD an.

Titel 89220 – Zuschüsse an private Unternehmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung II -BENE II- (Förderperiode 2021-2027) –

Änderungsantrag Nr. 3 der AfD-Fraktion

Ansatz 2024: - 3.310.000
Ansatz 2025: - 3.850.000

a) Begründung

Einige der geförderten Projekte der vergangenen Jahre waren Orchideenprojekte, die wenig hilfreich für das tatsächliche Stadtklima und den Umweltschutz sind. Steuergeld muss sparsam und zielgenau verwendet werden.

Daher ist der Ansatz für diese zukünftigen zurückzuführen auf das Volumen von wirklich sinnfälligen Projekten wie die verschiedenen Begrünungs- und Entsiegelungsmaßnahmen, Energiesparprojekte, Heizungsmodernisierung und Energieoptimierung

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ab.

Änderungsantrag Nr. 6 Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Ansatz 2024: - 1.000.000
Ansatz 2025: - 1.500.000

a) Begründung

Weniger Bedarf

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD an.

Kapitel 0720 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Integrativer Umweltschutz –

Titel 09901 – Abwasserabgabe –

Ansatz 2024: 15.000.000
Ansatz 2025: 15.000.000

Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion Die Linke

Siehe Bericht 46

c) Anbringung Haushaltsvermerke*

Auflagenbeschluss

Berichtspflicht an den Hauptausschuss und den für Umwelt zuständigen Ausschuss: einmalig bis 31.12.2023:

Aufklärung über die Einnahme durch sonstige Einleiter (2023: 130.000 €):

Wer sind die Einleiter? Wie viele sind es? Wie viel Abwasser leiten sie ein? Warum sind die Einnahmen so gering?

Ferat Koçak (LINKE) weist hin, dass die Fragen der Fraktion Die Linke, wer die Einleiter des Abwassers seien, noch nicht ausführlich genug beantwortet worden seien.

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) teilt mit, dass die Antworten nachgeliefert worden seien. Es habe ein Versehen gegeben. Zusammengefasst zählten zu den Einleitern Kraftwerke, private Einleiter, die Kleinkläranlagen besäßen, und die Einleitung von Niederschlag.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ weist hin, dass der Änderungsantrag eigentlich kein Änderungsantrag sei, sondern ein Berichtsauftrag und daher nicht darüber abgestimmt werde. Die Fragen würden schriftlich beantwortet.

Titel 11147 – Grundwasserentnahmeentgelt –

Ansatz 2024: 60.000.000
Ansatz 2025: 60.000.000

Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktion Die Linke

Ansatz 2024: + 20.000.000
Ansatz 2025: + 20.000.000

a) Begründung

(siehe Bericht 47)

Nach Gesetzesänderung, die vorgelegt wird, sind zusätzliche Einnahmen von Dauernutzern (Gewerbe, Industrie) zu erwarten. Bereits ab 3 000 m³/Jahr Entgelt und Staffelung: Großverbraucher mehr.

Ferat Koçak (LINKE) weist hin, dass seine Fraktion noch einen entsprechenden Gesetzesentwurf einreichen werde. Die daraus zu gewinnenden finanziellen Mittel seien bereits im Vorgriff in den Haushalt eingearbeitet worden.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) teilt mit, dass der Vorschlag an sich interessant sei, aber dem nicht zugestimmt werden könne, da die gesetzliche Grundlage noch nicht bekannt sei.

Frank-Christian Hansel (AfD) macht darauf aufmerksam, dass es praktikabler gewesen wäre, zunächst einen Merkansatz von 1 000 Euro einzustellen.

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) berichtet, dass bereits an der Novellierung des Berliner Wassergesetzes gearbeitet werde. Das sei aber umfangreich, da viele verschiedene Aspekte betroffen seien. Die Änderungen des Grundwasserentnahmeentgelts und des Oberflächenwasserentnahmeentgelts würden mit diskutiert, seien aber noch nicht beschlossen. Es könne aber auch passieren, dass sich die Gesamtlage ändere, weil der Bund prüfe, ein gesamtdeutsches Entnahmeentgelt festzusetzen.

Ferat Koçak (LINKE) zeigt sich erfreut, dass seine Fraktion wieder einmal der Zeit voraus sei. Er hoffe auf die Zustimmung des Antrags.

Linda Vierecke (SPD) regt an, dass das Thema noch einmal im Ausschuss als Besprechungspunkt aufgegriffen werde.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Neuer Titel 11148 – Oberflächenwasserentnahmeentgelt –

Änderungsantrag Nr. 7Fraktion Die Linke

Neuer Titel 11148

Oberflächenwasserentnahmeentgelt

Ansatz 2024: + 2.000.000
Ansatz 2025: + 2.000.000

a) Begründung

Zweckgebunden für Investitionen in den Gewässerschutz

In Brandenburg werden für die Erhebung des Entgelts je Jahr durchschnittlich 800 Festsetzungsbescheide erstellt, daraus ergeben sich jährliche Einnahmen von durchschnittlich 21 Mio. €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Titel 52609 – Thematische Untersuchungen –

Ansatz 2024: 250.000
Ansatz 2025: 250.000

Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktion Die Linke

Ansatz 2024: + 50.000
Ansatz 2025: + 50.000

a) Begründung

bis 2030 – also fünf Jahre früher – 50 % der öffentlichen Flächen von der Mischwasserkanalisation im Einzugsbereich des Landwehrkanals abkoppeln

Danny Freymark (CDU) weist hin, dass in anderen Titeln weitere Maßnahmen zur Erreichung dieses schwierigen Ziels eingestellt seien, sodass die zusätzlichen Mittel an dieser Stelle nicht notwendig seien.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Ansatz 2024: 8.222.000
Ansatz 2025: 7.717.000

VE 2024: 7.250.000
VE 2025: 3.500.000

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) führt aus, dass der Masterplan Wasser einer fortlaufenden Evaluierung und Aktualisierung unterliege. Für 2024 und 2025 seien Analysen zur Oberflächenwasserqualität und -menge und den Auswirkungen auf die Trinkwasserversorgung, Untersuchungen zum Grundwasserangebot und zu den Potenzialen einer angepassten Grundwasserbewirtschaftung, eine Machbarkeitsstudie für eine Fernwasserversorgung und Grundlagenuntersuchungen zur strategischen Abwasserzielplanung und der Wassersparstrategie die Handlungsschwerpunkte. Bei der Flussgebietsbewirtschaftung werde im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung mit dem Einzugsgebiet Obere Havel zusammengearbeitet. Weitere Projekte seien im Zuge der Umsetzung der Verwaltungsvereinbarung über die Durchführung länderübergreifender Untersuchungen und weiterer Formate zur Einbindung der Zivilgesellschaft vorgesehen. Als Mittelanmeldung 2024 seien jährlich 390 000 Euro angemeldet worden, die dafür benötigt werden. 2023 seien 340 000 Euro verausgabt worden. Die Personalstelle zur Koordinierung des Masterplans habe besetzt werden können, sodass in den Folgejahren mit einem vollständigen Mittelabfluss gerechnet werden könne.

Die Schwammstadt sei ebenfalls in diesem Titel etatisiert. Dafür sei in den nächsten Jahren vorgesehen, eine Planungsgrundlage und Leitfäden als Handreichung für die Maßnahmenträger und eine Verbesserung der Datengrundlage und Ableitung von Handlungskonzepten, zum Beispiel Kartenmaterial, Fragen der Regenwasserbewirtschaftung und zum Umgang mit Starkregenereignissen, zu erarbeiten. Weiterhin solle geprüft werden, wo es Planungshemmnisse bei der Erarbeitung von solchen Initiativen gebe. Auch würden Pilotstudien und -planungen erstellt. Dafür seien unter dem TA der Schwammstadt jährlich 390 000 Euro angemeldet worden

<u>Änderungsantrag Nr. 4 der AfD-Fraktion</u>

Ansatz 2024: - 4.955.000
Ansatz 2025: - 4.435.000

a) Begründung

Die Wärmewende sowie die Klimaanpassung stehen für eine unausgereift-einseitige, unsere Stadt und ihre Bürger wirtschaftlich sowie sozial schädigende Politik.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erklärung

Streichung der Teilansätze im Jahr 2024 und 2025.

c) Haushaltsvermerke

19. Innovationsförderfonds; 21. Fachliche Grundlagen für die Wärmewende

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der AfD ab.

Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktion Die Linke

Ansatz 2024: +/- 0
Ansatz 2025: + 50.000

VE 2024: + 50.000
VE 2025: +/- 0

a) Begründung

Gutachten für eine Gesamtstrategie der Bewirtschaftung des gesamten wasserwirtschaftlichen Systems (Ableitung der geklärten Wassermengen über Panke und Tegeler See) weg von der Ableitung hin zur Versickerung

b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*

Neue Nr. 23: Gutachten

2024: -

2025: 50.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2024: + 150.000
Ansatz 2025: + 150.000

a) Begründung

Fortführung der Arbeit an der Entwicklung eines gesamtstädtischen Entsiegelungsprogramms

b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*

Änderung Tabelle:

Nr. 16. Entsiegelung

In 2024: 300.000

In 2025: 300.000

Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2024: + 75.000
Ansatz 2025: + 200.000

a) Begründung

Zur Umsetzung Artikel 14 der WRRL

b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*

Änderung Tabelle:

Ergänzung: 23 (neu)

Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements, Öffentlichkeitsarbeit und -beteiligung zur Unterstützung des lokalen Flussgebietsmanagements entsprechend Artikel 14 WRRL

In 2024: 75.000

In 2025: 200.000

Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2024: + 200.000
Ansatz 2025: + 300.000

a) Begründung

Förderprogramm zur Aufstellung von Regentonnen auf öffentlichen Bürgersteigen

b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*

Änderung Tabelle:

Ergänzung: 24 (neu)

Förderprogramm zur Aufstellung von Regentonnen auf öffentlichen Bürgersteigen

In 2024: 200.000

In 2025: 300.000

Daniela Billig (GRÜNE) äußert fehlendes Verständnis, dass bei den Entsiegelungsmaßnahmen gespart werde, weil die Versiegelung ein großes Problem in der Stadt sei. Es gebe den Zielkonflikt zwischen Entsiegelung und dem dringend notwendigen Wohnungsbau, der weiterhin strukturell und systematisch aufgelöst werden müsse. Das Ziel der Netto-Null-Versiegelung müsse weiter verfolgt werden. Deswegen schlage ihre Fraktion im Änderungsantrag Nr. 7 vor, dass der Ansatz mindestens auf das vorherige Niveau angehoben werde.

June Tomiak (GRÜNE) führt zum Änderungsantrag Nr. 8 aus, dass Regentonnen auf öffentlichen Gehwegen eine ergänzende und niedrigschwellige Maßnahme seien, um die Regenwasserableitungen in der Mischwasserkanalisation zu reduzieren.

Danny Freymark (CDU) weist hin, dass der Bericht Nr. 52 auf Seite 257 der Sammelvorlage deutlich mache, dass die Entsiegelungen noch nicht stattfinden könnten, weil zunächst EU-

Vorgaben erfüllt werden müssten. – Es sei korrekt, dass einerseits gebaut werden und andererseits entsiegelt werden müsse. Das sei aber auch in anderen Ansätzen zum Bereich Schwammstadt enthalten. Er unterstütze den Senat, dass nicht nur in diesem Titel, sondern auch an anderer Stelle die Entsiegelung berücksichtigt werden solle.

Der Änderungsantrag der Koalition sei dafür gedacht, zu prüfen, welcher Aufwand mit einem zentralen Regenwassermanagement verbunden sei. In Berlin gebe es Viertel, wo sich aufgrund eines hohen Grundwasserspiegels die Frage stelle, ob ein siedlungsgerechter Grundwasserspiegel Teil der Daseinsvorsorge oder ein Privatrisiko der dortigen Bewohner sei. Er denke, dass es richtig sei, die Bürger zu unterstützen. Der Ansatz solle ein entsprechendes Signal sein. Eventuell ergebe diese Prüfung, dass es auch andere Möglichkeiten gebe, als nur auf die private Verantwortlichkeit zu verweisen.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) unterstreicht, dass das Thema Entsiegelung große Auswirkungen auf die Stadt habe und daher dem Senat wichtig sei. Entsiegelung müsse auch beim Bauen mitgedacht werden. Es gebe zusätzliche Förderprogramme auch des Bundes, die genutzt werden könnten. – Bezüglich des Grundwassermanagements sei der Ansatz des Änderungsantrags der Koalition eher klein, aber es seien auch bereits 2,5 Mio. Euro vorgesehen. Das Thema werde auch in den nächsten Haushalt übertragen.

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Ansatz 2024: + 100.000
Ansatz 2025: + 100.000

a) Begründung

mehr Mittelbedarf

b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*

Nr. 11 „Grundwassermanagement von Berlin gemäß Berliner Wassergesetz

und Grundwassersteuerungsverordnung…“

2024: 200.000 €

2025: 200.000 €

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD an.

Titel 54031 – Beseitigung von Bodenverunreinigungen –

Ansatz 2024: 9.000.000
Ansatz 2025: 8.800.000

VE 2024: 5.000.000
VE 2025: 5.000.000

Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Ansatz 2024: - 200.000
Ansatz 2025: - 200.000

a) Begründung

Weniger Bedarf

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD an.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben –

Ansatz 2024: 2.350.000
Ansatz 2025: 2.350.000

VE 2024: 6.850.000
VE 2025: --

Änderungsantrag Nr.10 der Fraktion Die Linke

Ansatz 2024: + 5.000.000
Ansatz 2025: + 5.000.000

VE 2024: + 5.000.000
VE 2025: + 5.000.000

a) Begründung

für die Reaktivierung von Notbrunnen und den Bau weiterer neuer Notbrunnen (Programm über 10 Jahre, insgesamt Kosten von 40-50 Mio. €)

b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*

Neue Nr. 9:

Notbrunnen

2024: 5.000.000

2025: 5.000.000

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Änderungsantrag Nr. 10 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2024: + 900.000
Ansatz 2025: + 900.000

a) Begründung

Einführung eines neuen Untertitels 9. „Gründung und Betrieb der Grundwasseragentur“ analog Regenwasseragentur

b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*

Änderung Tabelle:

Ergänzung: 9. (neu) Gründung und Betrieb der Grundwasseragentur

In 2024: + 900.000

In 2025: + 900.000

June Tomiak (GRÜNE) erläutert, dass der Änderungsantrag ihrer Fraktion die Gründung und Betrieb einer Grundwasseragentur analog zur Regenwasseragentur vorsehe. Das sei ein Anliegen aus der Zivilgesellschaft, um den Auswirkungen der Klimakrise auf das Grundwasser zu begegnen und koordiniert vorzugehen.

Linda Vierecke (SPD) begründet den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen unter diesen Titel, dass die Regenwasseragentur gestärkt werden solle. Diese mache gute Arbeit und sei eine Schnittstelle in die Bezirke. Das mache weiteres Personal nötig, um alle Bezirke bedienen zu können. Die Entwicklung hin zur Schwammstadt sei gewünscht und könne mit vielen kleinen Projekten angestoßen werden. – Weiterhin seien Trinkwasserbrunnen und -spender in diesem Titel enthalten. Die Brunnen unterstützten die Wertschätzung des Trinkwassers, könnten dabei helfen, Plastikflaschennutzung zu reduzieren, und seien an Hitzetagen wichtige Trinkwasserspender gerade für die Ärmeren in der Stadt. Deswegen werde auch dieser Ansatz erhöht.

Danny Freymark (CDU) spricht sich dafür aus, dass bezüglich einer Grundwasseragentur zunächst abgewartet werden solle. Der Senat habe eigene Strukturen und Mittel, um flexibel auf Themen reagieren zu können. Das Problembewusstsein sei vorhanden, und es werde für den Bereich Grundwasser mehr Geld zur Verfügung gestellt. Bei der Regenwasseragentur sei die CDU-Fraktion zunächst skeptisch gewesen, da immer die Gefahr bestehe, dass die eigenen Verwaltungsstrukturen ausgehöhlt würden, wenn für spezielle Themen externe Fachstellen eingerichtet würden. Sollte es wider Erwarten in zwei Jahren keine Fortschritte gegeben haben, könne die Idee erneut geprüft werden.

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) ergänzt zu den Trinkwasserbrunnen, dass es derzeit 250 in Berlin gebe. Mit den ursprünglich im Senatsentwurf veranschlagten Mitteln seien weniger Neubauten von Brunnen möglich gewesen, was durch den Änderungsantrag der Koalition behoben werde. Es müsse aber berücksichtigt werden, dass der Neubau immer komplizierter würde. Einerseits erhöhten sich Wartungs- und Betriebskosten, andererseits seien die leicht verfügbaren Standorte bereits belegt worden.

Frank-Christian Hansel (AfD) bittet, dass präzisiert werde, wie die Übertragung der Notversorgung auf die BWB gedacht sei und wofür die Gelder verwendet würden.

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) erläutert, dass die Trinkbrunnen von den BWB betrieben würden. Diese verhandelten mit den Bezirken über Standorte und errichteten die Brunnen dann. Das sei eine Eins-zu-eins-Finanzierung. Die Übertragung der Notbrunnen sei ein Auftrag des Abgeordnetenhauses. Zu der Ausgestaltung der Details gebe es derzeit Absprachen mit den zuständigen Senatsverwaltungen, weil der Prozess kompliziert sei. Es gehe darum, dass das Geld bisher den Bezirken zur Verfügung gestellt worden sei und nun umgeschichtet und zentral verwaltet werden müsse.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Ansatz 2024: + 700.000
Ansatz 2025: + 1.300.000

a) Begründung

Mehr für Regenwasseragentur, mehr für Trinkwasserbrunnen

b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*

TA 7: Für den Betrieb der Regenwasseragentur

2024: 1.100.000 €

2025: 1.200.000 €

TA 8: Aktionsprogramm Trinkwasserbrunnen und -spender (neu)

2024: 1.800.000 €

2025: 2.300.000 €

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD an.

Titel 67189 – Kostenersatz an Länder für das Wasserspeichersystem LOHSA II –

Ansatz 2024: 900.000
Ansatz 2025: 900.000

Änderungsantrag Nr. 11 der Fraktion Die Linke

Ansatz 2024: + 450.000
Ansatz 2025: + 450.000

a) Begründung

Mehr zur Überwindung der zeitlichen Verzögerung für das Projekt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Änderungsantrag Nr. 10 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Ansatz 2024: - 300.000
Ansatz 2025: - 300.000

a) Begründung

Weniger Bedarf

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD an.

Titel 89101 – Zuschüsse an die Berliner Wasserbetriebe für Gewässergütemaßnahmen für besseren Gewässerschutz –

Ansatz 2024: 7.000.000
Ansatz 2025: 7.000.000

Änderungsantrag Nr. 12 der Fraktion Die Linke

Ansatz 2024: + 1.000.000
Ansatz 2025: + 1.000.000

a) Begründung

mehr für mehr für Gewässergütemaßnahmen für besseren Gewässerschutz zur Erreichung der WRRL in 2027

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Titel 51479 – Allgemeine Verbrauchsmittel –

Ansatz 2024: 29.600
Ansatz 2025: 29.600

Änderungsantrag Nr. 11 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2024: + 30.000
Ansatz 2025: + 30.000

June Tomiak (GRÜNE) erläutert, dass damit die Förderung der Fischbestände erweitert werde solle, um zum Beispiel Renaturierungen zu ermöglichen.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) weist hin, dass das Fischereiamt keine entsprechenden Bedarfe angemeldet hätte und daher keine Mittel in dieser Höhe vorgesehen worden seien.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ weist hin, dass sich der Änderungsantrag Nr. 12 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf das Kapitel 730 beziehe, das dem Ausschuss nicht überwiesen worden sei. Daher werde nicht darüber abgestimmt.

Kapitel 0740 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Tiefbau –

Titel 52103 – Unterhaltung baulicher Anlagen des Wasserstraßenbaus und der Wasserwirtschaft –

Ansatz 2024: 9.300.000
Ansatz 2025: 9.300.000

VE 2024: 9.500.000
VE 2025: 9.500.000

Änderungsantrag Nr. 14 der Fraktion Die Linke

Ansatz 2024: + 1.000.000
Ansatz 2025: + 1.000.000

VE 2024: + 1.000.000
VE 2025: + 1.000.000

a) Begründung

mehr für WRRL und Uferwege, für Entschlammung der Gewässer

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Änderungsantrag Nr. 11 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Ansatz 2024: +/- 0
Ansatz 2025: +/- 0

b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen

Neuer Satz 4: „Die Maßnahmen sollen die Anforderungen der WRRL berücksichtigen und entsprechende Vorkehrungen sollen nachgewiesen werden.“

Linda Vierecke (SPD) erläutert, dass mit dieser Ergänzung der verbindlichen Titelerläuterung die WRRL weiter priorisiert werde. Derzeit sei man noch weit davon entfernt, bis 2027 einen guten Zustand der Gewässer zu erreichen.

Ferat Koçak (LINKE) teilt mit, dass sich seine Fraktion enthalten werde. Inhaltlich sei das Ansinnen richtig, aber es hätte mit Geld hinterlegt werden müssen.

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD an.

Titel 52117 – Ufersanierung –

Ansatz 2024: 400.000
Ansatz 2025: 200.000

Änderungsantrag Nr. 15 der Fraktion Die Linke

Ansatz 2024: +/- 0
Ansatz 2025: + 200.000

a) Begründung

Siehe Bericht 62: ab 2024 kann es losgehen, daher mehr in 2025

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ erläutert, dass die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gleichlautende Anträge eingereicht hätten. Aufgrund des Verbots der Doppelabstimmung werde daher nur über den Antrag der Fraktion Die Linke abgestimmt, weil dieser zeitlich etwas früher eingereicht worden sei.

June Tomiak (GRÜNE) teilt mit, dass ihre Fraktion den Antrag unterstütze. Manchmal entwickelten die Fraktionen die gleichen Lösungen für die Probleme.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Titel 72776 – Technische Erneuerung der Überbauung Schlangenbader Straße (ÜBS) –

Ansatz 2024: 2.500.000
Ansatz 2025: 2.500.000

Änderungsantrag Nr. 14 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2024: - 2.500.000
Ansatz 2025: - 2.500.000

a) Begründung

Der Tunnel ist geschlossen und wird nicht mehr benötigt, es besteht kein Bedarf der technischen Erneuerung.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Titel 72823 – Neubau der Uferbefestigung Bonhoefferufer (Spree) –

Ansatz 2024: 637.000
Ansatz 2025: 500.000

Änderungsantrag Nr. 15 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

b) Titelerläuterung/verbindliche Erklärung

Ergänzung der Erläuterung:

Bei den Maßnahmen sind die Anforderungen der WRRL zu berücksichtigen. Entsprechende Vorkehrungen sind nachzuweisen.

June Tomiak (GRÜNE) weist hin, dass das Ziel sei, dass die Anforderungen der WRRL berücksichtigt würden. Sie bitte um Unterstützung des Antrags.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Änderungsantrag Nr. 12 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Ansatz 2024: +/- 0
Ansatz 2025: +/- 0

a) Begründung

Ergänzung der Titelerläuterung

b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen

Neuer Satz 4: „Die Maßnahmen sollen die Anforderungen der WRRL berücksichtigen und entsprechende Vorkehrungen sollen nachgewiesen werden."

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD an.

Titel 52830 (neu) – Neubau der Uferbefestigung der Spree-Oder-Wasserstraße (SOW) von Mühlendamm-schleuse (km 17,8) bis zur Elsenbrücke (km 22,0) –

Ansatz 2024: 500.000
Ansatz 2025: 500.000

Änderungsantrag Nr. 16 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

b) Titelerläuterung/verbindliche Erklärung

Ergänzung der Erläuterung:

Bei den Maßnahmen sind die Anforderungen der WRRL zu berücksichtigen. Entsprechende Vorkehrungen sind nachzuweisen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Änderungsantrag Nr. 13 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Ansatz 2024: +/- 0
Ansatz 2025: +/- 0

a) Begründung

Ergänzung der Titelerläuterung

b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen

Neuer Satz 5: „Die Maßnahmen sollen die Anforderungen der WRRL berücksichtigen und entsprechende Vorkehrungen sollen nachgewiesen werden."

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD an.

Titel 72849 – Neubau der Uferbefestigung der Spree-Oder-Wasserstraße (SOW) von Schleuse Charlottenburg (km 6,5) bis Humboldthafen (km 14,5) –

Ansatz 2024: 1.500.000
Ansatz 2025: 3.000.000

Änderungsantrag Nr. 17 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

b) Titelerläuterung/verbindliche Erklärung

Ergänzung der Erläuterung:

Bei den Maßnahmen sind die Anforderungen der WRRL zu berücksichtigen. Entsprechende Vorkehrungen sind nachzuweisen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Änderungsantrag Nr. 14 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Ansatz 2024: +/- 0
Ansatz 2025: +/- 0

a) Begründung

Ergänzung der Titelerläuterung

b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen

Neuer Satz 5: „Die Maßnahmen sollen die Anforderungen der WRRL berücksichtigen und entsprechende Vorkehrungen sollen nachgewiesen werden."

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD an.

Kapitel 0750 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün –

Titel 52140 – Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege –

Ansatz 2024: 1.630.000
Ansatz 2025: 1.600.000

Änderungsantrag Nr. 16 der Fraktion Die Linke

Ansatz 2024: + 1.000.000
Ansatz 2025: + 1.000.000

a) Begründung

(siehe Bericht S. 33)

Mehr für Moorschutz, durch Kompensationsabgabe für Nutzung fossiler Kraftstoffe (Pkw) für Dienstreisen außerhalb Berlins, auch zusätzlich zur Kompensationszahlung der Berliner Verwaltung für Flüge (Kompensation über Stiftung Naturschutz Kompensation)

Ferat Koçak (LINKE) unterstreicht, dass der Moorschutz zentral sei, um die Klimaziele zu erreichen. In Buch seien Moore trotz ihrer Bedeutung durch Baumaßnahmen gefährdet. Deswegen müsse dort mehr Geld hineingegeben werden, um konsequent gegen die Klimakrise vorgehen zu können.

Linda Vierecke (SPD) stimmt zu, dass viele Moore renaturiert werden müssten und eine große Bedeutung für den Klimaschutz hätten. Der Bericht zeige leider, dass keine gesonderten konsumtiven oder investiven Mittel vorgesehen seien, auch wenn das Thema mit der Klimaabgabe bearbeitet werde. Perspektivisch sei es aber nötig, sich verstärkt mit dem Thema Moore zu beschäftigen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Titel 52612 – Uferwegekonzept –

Ansatz 2024: 100.000
Ansatz 2025: 50.000

Änderungsantrag Nr. 17 der Fraktion Die Linke

Ansatz 2024: + 50.000
Ansatz 2025: + 100.000

a) Begründung

zur Erstellung des Uferwegekonzeptes, das noch nicht vorliegt und für das in 2022 noch nichts verausgabt werden ist

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Ansatz 2024: 2.510.000
Ansatz 2025: 2.531.000

Änderungsantrag Nr. 18 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Nr. 24 Wärmeplanung

Ansatz 2024: 499.000

Ansatz 2025: 372.000

Ansatz 2024: + 201.000
Ansatz 2025: + 328.000

a) Begründung

Die Wärmeplanung ist von zentraler Bedeutung für die Wärmewende und muss mit der entsprechenden Stakeholderbeteiligung erstellt werden.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) unterstreicht, dass es für die wichtige Wärmeplanung eine breit angelegte Stakeholderbeteiligung brauche. Dafür würden im Änderungsantrag Nr. 17 seiner Fraktion zusätzliche Mittel beantragt.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Änderungsantrag Nr. 19 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2024: + 75.000
Ansatz 2025: + 75.000

a) Begründung

Stärkung des Wildtier-Monitoring in Berlin

b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*

Änderung Tabelle:

Ergänzung Nr. 34 (neu) Stärkung des Wildtier-Monitorings.

In 2024: 75.000

In 2025: 75.000

June Tomiak (GRÜNE) erläutert, dass der Änderungsantrag Nr. 18 ihrer Fraktion einen neuen Teilansatz vorschlage, womit die Finanzierung eines Wildtiermonitorings gewährleistet und gestärkt werden solle.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Titel 54053 – Veranstaltungen –

Ansatz 2024: 30.000
Ansatz 2025: 30.000

Änderungsantrag Nr. 16 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Ansatz 2024: + 50.000
Ansatz 2025: + 50.000

a) Begründung

Mehr für Veranstaltungsreihe Kommunale Wärmeplanung

b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*

Neuer Satz 2: „Zudem ist eine Veranstaltungsreihe zur kommunalen Wärmeplanung vorgesehen."

Linda Vierecke (SPD) erläutert, dass es sich gezeigt habe, dass die Bevölkerung beim Thema Wärmeplanung informiert werden müsse. Eine Veranstaltungsreihe dazu sei ein erster guter Schritt, um auf die Bedeutung des Themas aufmerksam zu machen.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) bezeichnet es als wünschenswert, dass langfristig eine größere Beteiligung auch der Stakeholder und mehr Mittel in Betracht gezogen würden. Die Wärmeplanung werde 2026 abgeschlossen sein, was bereits in den nächsten Doppelhaushalt falle.

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD an.

Titel 54101 – Klimaschutz als Bildungsinhalt –

Ansatz 2024: 325.000
Ansatz 2025: 325.000

Änderungsantrag Nr. 20 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2024: + 75.000
Ansatz 2025: + 75.000

a) Begründung

Ausweitung des Programms an Schulen als wesentlicher Baustein der Förderung von Klimaschutzberufe

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) unterstreicht, dass das Thema Klimaschutz als Bildungsinhalt möglichst früh begonnen werden müsse. Mit mehr Geld könne hier viel erreicht werden.

Danny Freymark (CDU) führt aus, dass die Koalition dem Antrag inhaltlich zustimme, aber aus haushaltstechnischen Gründen ablehnen müsse. Die Verwaltung habe aber geäußert, dass die Summe und der Inhalt auch über das BEK abgebildet werden könnten.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Titel 54103 – Energiespar-Marketing –

Ansatz 2024: 280.000
Ansatz 2025: 130.000

Änderungsantrag Nr. 21 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2024: +/- 0
Ansatz 2025: + 150.000

a) Begründung

Weiterführung des Programm ohne Wegfall von Leistungsbausteinen

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) unterstreicht, dass es noch viel Energiesparpotenzial gebe und mehr geleistet werden müsse. Jede gesparte Energie müsse nicht durch Erneuerbare Energien bereitgestellt werden. Deswegen sei es unverständlich, warum es 2025 zu einer deutlichen Absenkung kommen solle. Der Ansatz für 2025 müsse wieder auf das Niveau von 2024 angehoben werden.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Titel 54106 – Umsetzung der Strategie Stadtlandschaft –

Ansatz 2024: 9.434.000
Ansatz 2025: 10.090.000

Änderungsantrag Nr. 22 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Nr. 5 In-Wertsetzung des städtischen Grüns im Hinblick auf die Erfordernisse der wachsenden Stadt und deren Resilienz in Bezug auf neue Anforderungen

Ansatz 2024: 588.000

Ansatz 2025: 1.110.000

Ansatz 2024: + 376.000
Ansatz 2025: + 2.000.000

a) Begründung

Erhöhung, damit die Erweiterung der islamischen Grabfelder auf dem Landschaftsfriedhof Gatow im Bezirk Spandau ermöglicht wird.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) greift auf, dass die Erweiterung der islamischen Grabfelder auf dem Landschaftsfriedhof Gatow anscheinend doch nicht durchgeführt werde. Im Haushalt seien auch keine Mittel eingestellt. Die Verantwortlichen im Bezirk hätten aber geäußert, dass das dennoch umgesetzt werde. Der Änderungsantrag solle dies klarstellen. Das sei ein wichtiges Thema, da es für muslimische, aber auch jüdische Friedhöfe kaum Flächen gebe. Es sei zu begrüßen, dass christliche Kirchen Flächen zur Verfügung stellten. Eine Zustimmung des Änderungsantrags sei wünschenswert.

Linda Vierecke (SPD) stimmt zu, dass die Bedarfe zunähmen, aber Flächen fehlten. Sie habe die Situation aber so verstanden, dass die Mittel nun aus dem SIWA genommen würden.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) weist darauf hin, dass es generell um eine wohnortnahe Bestattung gehe und nicht nur um den Bezirk Spandau. Deswegen seien die Bezirksstadträte angeschrieben worden, um Potenziale für Begräbnisfelder zu melden. Es hätten bereits Gespräche mit muslimischen Verbänden stattgefunden, und noch in diesem Jahr solle ein Runder Tisch dazu stattfinden. Bezüglich der Finanzen sei es tatsächlich so, dass 4 Mio. Euro im SIWA dafür vorgesehen seien.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Titel 54108 – Maßnahmen zur nachhaltigen Stärkung des Berliner Baumbestandes –

Ansatz 2024: 3.250.000
Ansatz 2025: 3.250.000

<u>Änderungsantrag Nr. 5 der AfD-Fraktion</u>

Ansatz 2024: + 750.000
Ansatz 2025: + 750.000

a) Begründung

Stadtbäume sind mit das Wichtigste für das Wohlbefinden des Städters und das Stadtklima. Daher ist der Ansatz auf das 1,5-fache des Ist 2022 zuzüglich eines Zuschlags für Kostensteigerungen und Flächenergänzung anzupassen, um mehr Baumscheiben zu sanieren und den Baumbestand nachhaltig zu pflegen und zu entwickeln, auch zur Vorbeugung mögliche Sturmschäden durch regelmäßige Baumschau und vorsorgliche Maßnahmen. Mehr gesunde Bäume in der Stadt sind ein Gewinn für alle Bürger und unsere Gäste von nah und fern.

Alexander Bertram (AfD) unterstreicht, dass es einen großen Bedarf gebe, bei den Stadtbäumen die Mittel deutlich aufzustocken. Eine Zustimmung wäre ein gutes Signal an die Bevölkerung.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ab.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben –

Ansatz 2024: 2.925.000
Ansatz 2025: 2.925.000

Änderungsantrag Nr. 23 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

7. Biologisch invasive Tier- und Pflanzenarten - Neobiota in Berlin

a) Begründung

Mittel, die u.a. zum Aufbau eines Überwachungsystems für Neobiota verwendet werden (gemäß IAS Verordnung), sollen ebenso in Forschung zu Neobiota genutzt werden.

b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*

Änderung Tabelle zu:

7. Überwachung und Forschung zu biologisch invasiven Tier- und Pflanzenarten - Neobiota in Berlin

June Tomiak (GRÜNE) erläutert, dass der Änderungsantrag ihrer Fraktion nicht die Höhe des Ansatzes ändern wolle, sondern dass mit der geänderten Titelerläuterung die Mittel auch für die Forschung nutzbar gemacht würden.

Danny Freymark (CDU) bittet, dass sich die Senatsverwaltung dazu äußere.

Klaus Wichert (SenMVKU) erläutert, dass sich die SenMVKU bezüglich der Forschung intensiv mit anderen Institutionen austausche. Sie konzentriere sich aber im Wesentlichen auf das Monitoring. Die Stiftung Naturschutz sei mit diesen Aufgaben betraut. Falls die Frage damit nicht beantwortet worden sei, müsse diese präzisiert werden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ stellt klar, dass es keine Frage gegeben habe. Eventuell könne Frau Behrendt präzisieren.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) präzisiert, dass es um eine Änderung der Titelerläuterung gehe, die keine finanziellen Auswirkungen habe. Insofern sei die Frage, ob dem zugestimmt werden könne, falls keine Einwände der Fachabteilung bestünden.

Klaus Wichert (SenMVKU) erläutert, dass die Änderung kein Problem darstelle. Die Forschung werde bereits so weit wie möglich begleitet. Das Monitoring sei Teil von forschender Arbeit.

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an.

[Unterbrechung der Sitzung von 12.00 Uhr bis 12.30 Uhr]

Titel 68282 – Zuschüsse im Rahmen der Strategie Stadtlandschaft –

Ansatz 2024: 5.110.000
Ansatz 2025: 4.876.000

VE 2024: 1.700.000
VE 2025: 2.200.000

Änderungsantrag Nr. 6 der AfD-Fraktion

Ansatz 2024: + 1.000.000
Ansatz 2025: + 1.000.000

a) Begründung

Das Kleingewässerprogramm ist sehr wichtig für die Stadt, um das Verlanden, und das Trockenfallen zahlreicher Kleingewässer zügig aufzuhalten und zu vermeiden. Ohne erheblichen Aufwand ist diese nachteilige Entwicklung in der Stadt nicht aufzuhalten.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erklärung

7. Kleingewässerprogramm 2024/2025 jeweils 2.000.000 €

Alexander Bertram (AfD) unterstreicht, dass die Mittel verdoppelt werden müssten, weil dringender Handlungsbedarf bei den Kleingewässern bestehe. Der Kleingewässerreport des BUND habe den schlechten Zustand vieler Kleingewässer und die Konflikte zwischen den Naturschutzverbänden und den Bezirken sowie den BWB gezeigt. Es gebe ein Defizit beim Monitoring und der Pflege von Kleingewässern. Eine seiner schriftlichen Anfragen habe gezeigt, dass die Bezirke das Thema auch unterschiedlich handhabten. Das zeige, dass das ein langfristiges Projekt sei, das viele Absprachen benötige.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der AfD ab.

Änderungsantrag Nr. 18 der Fraktion Die Linke

Ansatz 2024: + 1.000.000
Ansatz 2025: + 1.000.000

VE 2024: + 1.000.000
VE 2025: + 1.000.000

a) Begründung

mehr für 7. Kleingewässerprogramm (neu).....

gegen das Austrocknen, für Entschlammung der Gewässer,

für Renaturierung, zur Einhaltung der WRRL ab 2027

b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*

7. Kleingewässerprogramm (neu).....

Teilansatz 2024: 2.000.000

Teilansatz 2025: 2.000.00

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Änderungsantrag Nr. 24 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

7. Kleingewässerprogramm

Ansatz 2024: 1.000.000
Ansatz 2025: 1.000.000

Ansatz 2024: +/- 0
Ansatz 2025: + 1.000.000

a) Begründung

Erhöhung ab 2025, da bereits Einzelmaßnahmen für einzelne Gewässer sehr kostenintensiv sind.

June Tomiak (GRÜNE) weist darauf hin, dass es erfreulich sei, dass die Verbesserung des Zustands der Kleingewässer nun angegangen werde, aber dass die eingestellten Mittel in der Höhe nicht ausreichend seien. Wichtig sei ein Konsens darüber, dass es weitere Finanzaufwüchse für die Kleingewässer brauche.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Änderungsantrag Nr. 17 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Ansatz 2024: + 400.000
Ansatz 2025: + 400.000

a) Begründung

mehr für Verstärkung

b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*

Nr. 7 Kleingewässerprogramm (neu)

2024: 1.400.000 €

2025: 1.400.000 €

Danny Freymark (CDU) wendet ein, dass aufgrund der haushälterischen Verantwortung der Koalition nur 400 000 Euro dazugegeben werden könnten. Inhaltlich habe die Vorrednerin recht. Die nächsten zwei Jahre würden zeigen, dass bei den Kleingewässern mehr getan werden müsse. Es sei zu hoffen, dass sich andere Finanzierungsmöglichkeiten eröffneten. Er bitte um Verständnis, dass den Anträgen der anderen Fraktionen nicht zugestimmt werden könne.

Linda Vierecke (SPD) bekräftigt, dass mehr Mittel notwendig seien. Schon kleine Gewässer bräuchten Millionensummen zur Sanierung. Es hingen dort viele verschiedene Aspekte zusammen, etwa das noch fehlende übergreifende Konzept der Schwammstadt. Jedes Gewässer müsse einzeln auf die Einleitungen von Schadstoffen und Maßnahmen geprüft werden, was es komplex und teuer mache. Das führe aber zu gesunden Gewässern, die im Sommer auch zur Kühlung der Stadt beitrügen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD zu.

Titel 68501 – Zuschüsse an die Stiftung Naturschutz –

Ansatz 2024: 6.521.000
Ansatz 2025: 6.780.000

VE 2024: 17.100.000
VE 2025: 17.100.000

Änderungsantrag Nr. 18 der Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Ansatz 2024: + 150.000
Ansatz 2025: + 150.000

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zu.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

Ansatz 2024: 4.379.000
Ansatz 2025: 4.430.000

VE 2024: 3.600.000
VE 2025: 2.000.000

Änderungsantrag Nr. 25 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Nr. 8. Bezirkliche Koordinierungsstellen Umweltbildung incl. Betreuung Naturerfahrungsräume (NER) in drei Bezirken

Ansatz 2024: 1.250.000
Ansatz 2025: 1.300.000

Ansatz 2024: + 240.000
Ansatz 2025: + 240.000

a) Begründung

Anpassung an die steigenden Aufgaben und allgemeine Preissteigerungen.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) unterstreicht, dass die Umweltbildungszentren in allen Bezirken unterstützt werden sollten. Es sei erfreulich, dass die Förderung fortgeführt werde, aber die Einrichtungen bräuchten mehr Förderung. Daher würden weitere Mittel bereitgestellt. Das sei ein Projekt seiner Fraktion gewesen, das mit Unterstützung der Zivilgesellschaft und der CDU-Fraktion umgesetzt worden sei. – Bezüglich des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen sei es erfreulich, dass auch die Zivilgesellschaft weitere Mittel bekämen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Änderungsantrag Nr. 19 der Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Ansatz 2024: + 719.300
Ansatz 2025: + 986.500

a) Begründung

mehr zur Anpassung an gestiegene Kosten, mehr wegen Mehrbedarf, mehr zur Schaffung eines Wildtierkompetenzzentrums

b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen

Nr. 6 Projekte der Naturschutzarbeit

2024: 139.990 €

2025: 129.890 €

Nr. 10 Naturwacht Berlin e. V. (Betrieb der Naturschutzstation Marienfelde)

2024: 200.000 €

2025: 200.000 €

Nr. 11 Lernwerkstatt Natur, Roter Baum Berlin UG

2024: 44.700 €

2025: 45.200 €

Nr. 12 Naturschutzstation Hahneberg

Landschaftspflegeverband Spandau e.V.

2024: 109.500 €

2025: 110.800 €

Nr. 15 Bildung für nachhaltige Entwicklung im Sozialraum

Mariannenplatz, Curioso Kinderlabor

2024: 60.000 €

2025: 60.000 €

Nr. 16 Sicherung und Ausbau der NIRGENDWO zum innerstädtischen

Bildungs- und Erlebniszentrum für

Natur-, Umwelt-, Klima und Nachhaltigkeitsbildung,

BUND Landesverband Berlin e.V., Institutionelle Förderung

2024: 101.200 €

2025: 101.900 €

Nr. 18 Initiierung eines umfassenden Bildungsprogramm für den Botanischen Garten, ZE Botanisches Museum und Botanischer Garten der FU Berlin)

2024: 80.000 €

2025: 80.000 €

Nr. 19 Bildung für nachhaltige Entwicklung

2024: 40.000 €

2025: 40.000 €

neuer TA 21: Stärkung der Wildtierstation des NABU Berlin e.V.

2024: 100.000 €

2025: 150.000 €

neuer TA 22: Wildtierkompetenzzentrum Berlin

2024: 500.000 €

2025: 700.000 €

Linda Vierecke (SPD) hebt hervor, dass es Konsens sei, dass die Zivilgesellschaft eine große Bedeutung habe und die die Umweltbildung ein wichtiges Fundament sei. Das würde unterstützt, wenn auch manchmal mit eher kleinen Beträgen, die an dieser Stelle aber eine große Wirkung hätten. Die Unterstützung der Wildtierstation stärke die Versorgungsstrukturen für verletzte Wildtiere, und mit der Schaffung eines Wildtierkompetenzzentrums werde eine zentrale Anlauf- und Informationsstelle geschaffen. Das solle bessere Auswilderungsmöglichkeiten bieten. Dies sei ein Novum.

Danny Freymark (CDU) merkt an, dass sich gerade die Abgeordnete Vierecke besonders für das Kompetenzzentrum eingesetzt habe. Die Koalition sei sich einig gewesen, dass diese Vereinbarung des Koalitionsvertrages schneller kommen müsse. – Er bedanke sich auch beim Vorsitzenden für dessen persönliches Engagement in vielen der im Titel aufgeführten Projekte. Dass sich Politiker engagierten, sei ein wichtiges Signal in die Bevölkerung. – Es sei auch erfreulich, dass die Wildtierstation hätte gestärkt werden können. Diese sei ihm seit zwölf Jahren bereits ein Anliegen. Sie biete ein zentrales Telefon gerade für Fragen zu Wildvögeln. Mit der verbesserten Finanzierung hoffe er auch auf eine Ausweitung der Erreichbarkeit.

June Tomiak (GRÜNE) betont, dass die erfreuliche Einrichtung des Kompetenzzentrums ein Start sei und in den nächsten Jahren weiter gestützt werden müsse. Bereits ihre Fraktion hätte sich für den Aufbau eingesetzt, habe dies aber nicht durchsetzen können.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD zu.

Titel 89437 (neu) – Zuschüsse für Investitionen der Stiftung Naturschutz –

Ansatz 2025: 500.000

Änderungsantrag Nr. 20 der Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Ansatz 2024: +/- 0
Ansatz 2025: + 500.000

Danny Freymark (CDU) erläutert, dass die zusätzlichen Mittel die Planungen für ein Haus der Stadtnatur und die möglichen zusätzlichen Kosten unterstützten, wenn der Mietvertrag in der Potsdamer Straße 2025 auslaufe. Noch gebe es kein Objekt für die Planungen, aber wenn die Umsetzung eines Hauses der Stadtnatur ab 2026 gelinge, sei das ein großer Erfolg. Daher solle alles getan werden, um den Senat dabei zu unterstützen.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) zeigt sich erfreut, dass für das Projekt erste Finanzierungen zur Verfügung gestellt würden. Für die Stiftung und weitere Initiativen sei das ein wichtiges Projekt. Im Vergleich zu anderen Bundesländern habe Berlin kein landeseigene Umweltamt, dessen Aufgaben deswegen von der Stiftung übernommen würden. Er bedanke sich bei der Koalition, dem Senat und der Senatsverwaltung für die Unterstützung. Was noch fehle, sei der Abschluss eines Finanzvertrags, was der Stiftung helfen würde. Das sei auch seiner Fraktion leider nicht gelungen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD zu.

Titel 54121 – Maßnahmen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030) –

Ansatz 2024: 2.422.000
Ansatz 2025: 2.422.000

VE 2024: 2.700.000
VE 2025: 2.700.000

Änderungsantrag Nr. 7 der AfD-Fraktion

Ansatz 2024: - 1.496.000
Ansatz 2025: - 1.322.000

a) Begründung

Es wurden in den vergangenen zwei Jahren viele Orchideenprojekte und wenige wirklich sinnvolle Projekte verwirklicht. Steuergeld muss sparsam und zielgenau verwendet, nicht in allerlei Projekte mit der Gießkanne verteilt werden.

Daher ist der Ansatz zurückzuführen auf das Volumen von wirklich sinnfälligen Projekten wie die Erhöhung der Resilienz von Straßenbäumen, Energiesparberatung, Stromspeicher, Heizungsmodernisierung/ Brenneraustausch und Beratung, z.B. zum Thema Solarnutzung.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der AfD ab.

Titel 68120 – Zuschüsse an natürliche Personen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030) –

Ansatz 2024: 10.000
Ansatz 2025: 10.000

Änderungsantrag Nr. 8 der AfD-Fraktion

Ansatz 2024: - 10.000
Ansatz 2025: - 10.000

a) Begründung

Es liest sich wie ein schlechter Scherz, dass hier im Jahr 2020 Lastenfahrräder für Bezirksschornsteinfeger im Volumen von 8.482,98 Euro kofinanziert wurden.

Den Klimaschutz fördern die Schornsteinfeger durch gute Arbeit, technische Kontrolle und Minimierung der Emissionen, Optimierung der Heizungs- und Lüftungsanlagen, aber kaum durch das Umherradeln mit Lastenfahrrädern.

2023 flossen von geplanten 50.000 Euro exakt Null Euro ab.

Die Haushaltsstelle ist offenkundig überflüssig, sie wird ganz gestrichen

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der AfD ab.

Titel 68236 – Zuschüsse an öffentliche Unternehmen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030) –

Ansatz 2024: 200.000
Ansatz 2025: 200.000

VE 2024: 200.000
VE 2025: 200.000

Änderungsantrag Nr. 9 der AfD-Fraktion

Ansatz 2024: - 90.000
Ansatz 2025: - 90.000

a) Begründung

Sinnvolle Maßnahmen wie das Abfallmanagement der BIM sind nicht dermaßen kostenintensiv. Daher Kürzung der Ansätze auf ein realistisches Maß.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der AfD ab.

Titel 68301 – Zuschüsse an private Unternehmen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030) –

Ansatz 2024: 100.000
Ansatz 2025: 100.000

Änderungsantrag Nr. 10 der AfD-Fraktion

Ansatz 2024: - 40.000
Ansatz 2025: - 40.000

a) Begründung

Sinnvolle Maßnahmen wie das Mobilitätsprojekt „Deine Flotte“ oder Schulgärten nicht so kostenintensiv. Daher Kürzung der Ansätze auf ein realistisches Maß.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der AfD ab.

Titel 68478 – Zuschüsse an gemeinnützige Einrichtungen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030) –

Ansatz 2024: 2.500.000
Ansatz 2025: 2.500.000

Änderungsantrag Nr. 11 der AfD-Fraktion

Ansatz 2024: - 1.610.000
Ansatz 2025: - 1.610.000

a) Begründung

Sinnvolle Maßnahmen wie das Projekt „Kleingehölze/krautige Pflanzen“, „Klimaanpassung und Regenwassermanagement“ oder grüne Schulhöfe so wie Verbraucherberatung nicht so kostenintensiv.

Nicht überzeugend sind „CARBONALE - Festival für Klimakultur“ oder der „Klimazirkus“ auf dem Tempelhofer Feld, solche eventpädagogischen, fast schon religiös anmutenden Aktivitäten sollten nicht mit Steuergeldern gefördert werden, genauso wenig der Aktivismus „Walk for the Future“. Daher Kürzung der Ansätze auf ein angemessenes Maß.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der AfD ab.

Titel 68527 – Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030) –

Ansatz 2024: 540.0.00
Ansatz 2025: 540.000

VE 2024: 400.000
VE 2025: 475.000

Änderungsantrag Nr. 12 der AfD-Fraktion

Ansatz 2024: - 390.000
Ansatz 2025: - 390.000

a) Begründung

Maßnahmen wie das Projekt „Mehrwegbecher“ oder „HYPO-Pakt Trinkverhalten“ mögen sinngebend sein, haben aber nur ganz am Rand einen indirekten Bezug zum BEK 2030.

Daher Kürzung der Ansätze auf ein angemessenes Maß.

Frank-Christian Hansel (AfD) erläutert, dass seine Fraktion die maßvollen Kürzungen in diesem Einzelplan vorgeschlagen habe, um sie über den Hauptausschuss in andere Projekte zu investieren. Die AfD lehne die Energiewende in ihrer derzeitigen Form ab, daher wolle sie im Einzelplan 13 Projekte unterstützen, die die Energiesicherheit tatsächlich sicherten.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der AfD ab.

Titel 70136 – Investive Maßnahmen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutz-programms 2030 (BEK 2030) –

Ansatz 2024: 1.550.000
Ansatz 2025: 1.550.000

VE 2024: 850.000
VE 2025: 1.000.000

Änderungsantrag Nr. 13 der AfD-Fraktion

Ansatz 2024: - 970.000
Ansatz 2025: - 970.000

a) Begründung

Gründächer und PV-Anlagen zu kombinieren kann in Einzelfällen eine klimaverbessernde Maßnahme sein, jedoch erscheinen die Ansätze für die realen Projekten überhöht.

Daher Kürzung der Ansätze auf ein angemessenes Maß.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der AfD ab.

Titel 89136 – Zuschüsse an öffentliche Unternehmen für Investitionen im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutz-programms 2030 (BEK 2030) –

Ansatz 2024: 3.218.000
Ansatz 2025: 3.218.000

VE 2024: 4.000.000
VE 2025: 4.000.000

Änderungsantrag Nr. 14 der AfD-Fraktion

Ansatz 2024: - 2.618.000
Ansatz 2025: - 2.618.000

a) Begründung

Die Maßnahmen der BIM zu Wärmepumpen und Energiemanagement klingen sinnvoll, jedoch sind die Ansätze in Ansehung der realen Projekte überhöht.

Daher Kürzung der Ansätze auf ein notwendiges Maß.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der AfD ab.

Titel 89236 – Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutz-programms 2030 (BEK 2030) –

Ansatz 2024: 200.000
Ansatz 2025: 200.000

VE 2024: 200.000
VE 2025: 200.000

Änderungsantrag Nr. 15 der AfD-Fraktion

Ansatz 2024: - 20.000
Ansatz 2025: - 200.000

a) Begründung

Die Maßnahme der BEHALA zur Erdgas-/Biogastankstelle klingt sinnvoll, jedoch sind die Ansätze in Ansehung der realen Projekte überhöht.

Daher Kürzung der Ansätze auf das tatsächliche Maß, Streichung für 2025

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der AfD ab.

Änderungsantrag Nr. 26 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2024: + 600.000
Ansatz 2025: + 600.000

a) Begründung

Mittelabsenkung bezogen auf 2023 korrigieren

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) bezeichnet es als nicht einleuchtend, wenn die Koalition einerseits mit dem Sondervermögen Möglichkeiten schaffe, andererseits aber Kürzungen im BEK vornehme. Das BEK sei das Herzstück der Berliner Energie- und Klimaschutzstrategie. Die Ansätze müssten wieder auf das Niveau von 2023 gebracht werden.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Titel 89336 – Zuschüsse an natürliche Personen und gemeinnützige Einrichtungen für Investitionen im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030) –

Ansatz 2024: 4.500.000
Ansatz 2025: 4.150.000

VE 2024: 3.000.000
VE 2025: 2.250.000

Änderungsantrag Nr. 16 der AfD-Fraktion

Ansatz 2024: - 2.400.000
Ansatz 2025: - 2.150.000

a) Begründung

Die Maßnahmen „Einbau Stromspeicher“ und „Austausch alter Heizungssysteme“ klingen sinnvoll, jedoch sind die Ansätze in Ansehung der realen Projekte überhöht.

Daher Kürzung der Ansätze auf das tatsächliche Maß

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der AfD ab.

Titel 89436 – Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen für Investitionen im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutz-programms 2030 (BEK 2030) –

Ansatz 2024: 3.470.000
Ansatz 2025: 2.820.000

VE 2024: 2.250.000
VE 2025: 2.000.000

Änderungsantrag Nr. 17 der AfD-Fraktion

Ansatz 2024: - 2.920.000
Ansatz 2025: - 2.270.000

a) Begründung

Die verschiedenen Maßnahmen mögen sinnvoll sein, jedoch sind die Ansätze in Ansehung der realen Projekte überhöht.

Daher Kürzung der Ansätze auf das tatsächliche Maß.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der AfD ab.

Titel 68203 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH –

Ansatz 2024: 47.465.000
Ansatz 2025: 53.000.000

VE 2024: 40.367.000
VE 2025: 41.416.000

Alexander Bertram (AfD) weist hin, dass seine Fraktion die einzige sei, die die Mittel für die Grün Berlin erhöhen wolle. Das Tempelhofer Feld habe bereits im Rahmen der aktuell geltenden Gesetze insbesondere unter Umweltaspekten erhebliches Entwicklungspotenzial. Mit der Erhöhung solle das vorangetrieben werden, weil sich die Berliner auch eine Weiterentwicklung wünschten.

Ferat Koçak (LINKE) unterstreicht, dass die Grün Berlin GmbH ein erhebliches künftiges Haushaltsrisiko sei, weil viel Geld auf wenige Projekte konzentriert werde. Gleichzeitig fehle für die Grünflächenpflege und dem Naturschutz in der Fläche Geld. Daher werde ein Sperrvermerk gefordert, um eine Prüfung durch den Landesrechnungshof ermöglichen zu können. Die Kürzungen dienten der Finanzierung anderer Projekte.

June Tomiak (GRÜNE) führt aus, dass eine moderate Kürzung zugunsten anderer Projekte zu verkraften sei, zumal nicht alle Mittel abgeflossen seien.

Linda Vierecke (SPD) erläutert, dass die Koalition in diesem Titel kürze, weil die Projekte trotz der Kürzungen weiter auskömmlich finanziert seien. Der beigefügte Satz, dass die Mittel so zu verwenden seien, dass die biologische Vielfalt gefördert werde, unterstreiche die Zusagen, die 2022 auf der Weltnaturkonferenz in Montreal gemacht worden seien. Das müsse angegangen werden, weil die Artenvielfalt in Städten bedeutend sei und bei den Grünanlagen mitbedacht werden müssten.

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) unterstreicht, dass die Grün Berlin GmbH als landeseigenes Unternehmen bedeutend sei, weil deren Aufgaben nicht von der Senatsverwaltung übernommen werden könnten. Alle großen grünen Infrastrukturprojekte würden von der Grün Berlin geplant, umgesetzt und Beteiligungsformate durchgeführt. Dabei gehe es häufig um Entsiegelung, Biodiversität, Stadtgrün etc. Auch die Bezirke würden entlastet. Die Kritik an der Mittelerhöhung gehe fehl, weil der Grün Berlin unter anderem neue Projekte übertragen worden seien, die finanziert werden müssten. Zum Beispiel seien Mittel für die Tegeler Stadtheide von SenStadt zur Grün Berlin umgeschichtet worden. Weiterhin würden nun die grünen Hauptweg betreut und die Inbetriebnahme des Spreeparks sowie die Lokhalle im Schöneberger Südgelände umgesetzt. Zusätzlich gebe es neue Maßnahmen für den Klimaschutz wie die Umrüstung auf LED-Beleuchtung, Austausch alter Ölkessel sowie die Elektrifizierung des Fuhrparks. Bei den großen Parks wie dem Mauerpark, Gärten der Welt oder dem Spreepark seien GRW-Mittel in Anspruch genommen worden, sodass diese nun 15 Jahre lang gut gepflegt werden müssten. Ansonsten müssten Mittel zurückgezahlt werden. Schon im Haushaltsjahr 2023 hätten die Mittel über die Haushaltswirtschaft verstärkt werden müssen, sodass die Ansätze nun erhöht würden. Das sei absolut notwendig, um auch weiterhin zum Beispiel der Verkehrswegesicherungspflicht nachkommen zu können.

Änderungsantrag Nr. 18 der AfD-Fraktion

Ansatz 2024: + 2.600.000
Ansatz 2025: + 2.600.000

a) Begründung

Unser Tempelhofer Feld ist ein wertvoller Stadtraum zur Erholung, Freizeitgestaltung und für zahlreiche Aktivitäten. Er muss gestärkt und sollte besser nutzbar und attraktiver werden. Daher Erhöhung des Ansatzes für Grün Berlin GmbH mit der Maßgabe dieses Mehr dem Tempelhofer Feld zu Gute kommen zu lassen.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erklärung

Projektförderung: Bewirtschaftung und Nachnutzung des Tempelhofer Feldes

2024: … 8.047.500 €

2025: … 7.931.400 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der AfD ab.

Änderungsantrag Nr. 19 der Fraktion Die Linke

Ansatz 2024: - 16.465.000
Ansatz 2025: - 22.000.000

VE 2024: - 16.465.000
VE 2025: - 22.000.000

a) Begründung

Rückführung auf das auf die zweite Stelle gerundetes Ist 2022 (31.000.000 €)

Die Ausgaben für die Grün Berlin GmbH und die Grün Berlin Stiftung werden vom für Umwelt und Klimaschutz zuständigen Ausschuss grundlegend überprüft

Auch die Grün Berlin muss sparen lernen.

c) Haushaltsvermerke

Sperrvermerk!

Aufhebung durch den Hauptausschuss nach Vorlage sämtlicher Personal- und Sachkosten der Grün Berlin GmbH im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz als Vorlage zur Beschlussfassung und Beschlussempfehlung an den Hauptausschuss

Aufhebung der Deckungsfähigkeit

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Änderungsantrag Nr. 27 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2024: - 482.000
Ansatz 2025: - 1.908.000

a) Begründung

Die Grün Berlin GmbH wächst in ihren Aufgaben und braucht dafür auch mehr Mittel. Eine moderate Kürzung zugunsten anderer Projekte erscheint uns verkraftbar, der Mittelaufwuchs bleibt erheblich und in den letzten Jahren konnten die Mittel nicht voll verausgabt werden.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der Bündnis 90/Die Grünen ab.

Änderungsantrag Nr. 21 der Fraktion der CDU und der SPD

Ansatz 2024: - 1.005.800
Ansatz 2025: - 1.373.000

a) Begründung

weniger wegen verringertem Bedarf

b) Titelerläuterung/verbindliche Erklärung

Nach dem Satz: „Die veranschlagten Mittel dienen der anteiligen Deckung der Kosten der originären Aufgaben im Rahmen des Anlagen- und

Liegenschaftsmanagements sowie der Personal- und Sachkosten der Grün Berlin GmbH auf Grundlage ihres Gesellschaftsvertrages.“ wird folgender neuer Satz eingefügt:

„Die Mittel für Grün Berlin sind so zu verwenden, dass der Natur- und Klimaschutz bei der Pflege und Schaffung von Grünanlagen und der Schutz und die Förderung der Biologischen Vielfalt im Sinne der Ergebnisse der 15. Weltnaturkonferenz von Montreal (Dez 2022) zum Ziel gemacht wird, um eine Trendwende im Artenschutz zu erreichen“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD an.

Titel 68614 – Zuschuss an die Grün Berlin Stiftung –

Ansatz 2024: 1.485.000
Ansatz 2025: 1.506.000

VE 2024: 1.150.000
VE 2025: 1.200.000

Änderungsantrag Nr. 20 der Fraktion Die Linke

Ansatz 2024: - 385.000
Ansatz 2025: - 406.000

VE 2024: - 385.000
VE 2025: - 406.000

a) Begründung

Rückführung auf das auf die zweite Stelle gerundetes Ist 2022 (1.100.000 €)

Die Ausgaben für die Grün Berlin GmbH und die Grün Berlin Stiftung werden vom für Umwelt und Klimaschutz zuständigen Ausschuss grundlegend überprüft

Auch die Grün Berlin muss sparen lernen.

c) Haushaltsvermerke

Sperrvermerk!

Aufhebung durch den Hauptausschuss nach Vorlage der Wirtschaftspläne 2024 und 2025 im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz als Vorlage zur Beschlussfassung und Beschlussempfehlung an den Hauptausschuss

Aufhebung der Deckungsfähigkeit

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Titel 89145 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH für Investitionen –

Ansatz 2024: 17.500.000
Ansatz 2025: 24.970.000

VE 2024: 20.500.000
VE 2025: 26.500.000

Änderungsantrag Nr. 21 der Fraktion Die Linke

Ansatz 2024: - 10.900.000
Ansatz 2025: - 18.370.000

VE 2024: - 10.900.000
VE 2025: - 18.370.000

a) Begründung

Rückführung auf das auf die zweite Stelle gerundetes Ist 2022 (6.600.000 €)

Die Ausgaben für die Grün Berlin GmbH und die Grün Berlin Stiftung werden vom für Umwelt und Klimaschutz zuständigen Ausschuss grundlegend überprüft.

Auch die Grün Berlin muss sparen lernen.

c) Anbringung Haushaltsvermerke*:

Sperrvermerk!

Aufhebung durch den Hauptausschuss nach Vorlage sämtlicher Projekte im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz als Vorlage zur Beschlussfassung und Beschlussempfehlung an den Hauptausschuss

Aufhebung der Deckungsfähigkeit

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Änderungsantrag Nr. 22 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Ansatz 2024: - 550.000
Ansatz 2025: - 550.000

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD an.

Titel 89374 – Botanischer Volkspark Blankenfelde-Pankow –

Ansatz 2024: 112.000.000
Ansatz 2025: 12.000.000

VE 2024: 10.200.000
VE 2025: 15.300.000

Änderungsantrag Nr. 22 der Fraktion Die Linke

Ansatz 2024: - 6.600.000
Ansatz 2025: - 6.600.000

VE 2024: - 6.600.000
VE 2025: - 6.600.000

a) Begründung

Rückführung auf das auf die zweite Stelle gerundetes Ist 2022 (5.400.000 €)

Die Ausgaben für die Grün Berlin GmbH und die Grün Berlin Stiftung werden vom für Umwelt und Klimaschutz zuständigen Ausschuss grundlegend überprüft.

Auch die Grün Berlin muss sparen lernen.

c) Anbringung Haushaltsvermerke*:

Sperrvermerk!

Aufhebung durch den Hauptausschuss nach Vorlage sämtlicher Projekte im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz als Vorlage zur Beschlussfassung und Beschlussempfehlung an den Hauptausschuss

Aufhebung der Deckungsfähigkeit

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Änderungsantrag Nr. 23 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Ansatz 2024: - 500.000
Ansatz 2025: - 500.000

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD an.

Kapitel 0751 – Berliner Forsten –

Titel 54109 – Mischwaldprogramm –

Ansatz 2024: 1.600.000
Ansatz 2025: 1.600.000

Änderungsantrag Nr. 23 der Fraktion Die Linke

Ansatz 2024: + 550.000
Ansatz 2025: + 550.000

a) Begründung

Rückkehr zum Ansatz 2023, um das Mischwaldprogramm effektiver umzusetzen

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Änderungsantrag Nr. 24 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Ansatz 2024: + 200.000
Ansatz 2025: + 200.000

a) Begründung

mehr für klimaresilienten Umbau der Wälder

Danny Freymark (CDU) führt aus, dass der Bericht der Berliner Forsten in der ersten Lesung deutlich gemacht habe, dass es weniger eine finanzielle Erhöhung, sondern eher eine personelle Verbesserung brauche. Dennoch finde eine finanzielle Stärkung als Zeichen der Wertschätzung statt, um die Notwendigkeit zu unterstreichen und die Flexibilität zu erhöhen. Der Ausschuss werde auch weiterhin den Austausch anbieten und suchen.

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD an.

Kapitel 0752 – Pflanzenschutzamt –

Keine Wortmeldungen.

Einzelplan 27 – Zuweisung an und Programme für die Bezirke –

Kapitel 2707 – Aufwendungen der Bezirke – Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt –

Titel 52131 – Maßnahmen für die Stadtverschönerung –

Änderungsantrag Nr. 28 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2024: + 10.000.000
Ansatz 2025: + 10.000.000

a) Begründung

Der Titel soll nach dem Haushaltsentwurf wegfallen. Es gibt aber weiterhin einen hohen Bedarf in den Bezirken, um u.a. Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung, wie Entsiegelungen und Regenwassermanagement-Maßnahmen, durchzuführen.

Ferat Koçak (LINKE) fragt nach, was für die drei Maßnahmen in Marzahn-Hellersdorf beantragt und abgerufen worden sei. Seien die genehmigten Mittel übertragbar, wenn eine Maßnahme zwar geplant, aber in 2023 noch nicht begonnen worden sei?

Klaus Wichert (SenMVKU) verneint, dass die Mittel übertragbar seien. Die Mittel seien 2023 unter der Maßgabe der Verausgabung im selben Jahr zur Verfügung gestellt worden. Das sei den Bezirken weitgehend gelungen.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) ergänzt, dass die Planung nicht dem Baubeginn gleichgesetzt werden könne.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der Bündnis 90/Die Grünen ab.

Der **Ausschuss** beschließt, dem federführendem Hauptausschuss die Annahme der dem Ausschuss überwiesenen Kapitel und Titel des Einzelplans 07 sowie des Kapitels 2707 des Einzelplans 27 mit den beschlossenen Änderungen zu empfehlen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.